

Grünberger Wochenblatt.

Erscheint täglich.

Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle oder den Ausgabestellen abgeholt 1.50 RM. (wöchentlich 36 Pf.) ins Haus gebracht 1.75 RM.

Durch die Post bezogen kostet das Wochenblatt monatlich 1.50 RM.; durch den Briefträger ins Haus gebracht 1.60 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 Millimeter breite Zeile kostet 20 Pf. — Die Reklamazeile (90 Millimeter breit) kostet 80 Pf. • Fernsprecher: Nr. 2 101 und 102
Postfach-Konto Breslau 123 12
Bank-Konten: Dresdner Bank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Stadt-Sparcasse Kreis-Sparcasse sämtlich in Grünberg in Schlesien

Kein Reichstag vor Weihnachten.

Der Verzicht auf die Weihnachts-Tagung. — Nach dem Beschluß des Ältestenrats.

Die von den Sozialdemokraten und Kommunisten beantragte vorzeitige Einberufung des Reichstages wurde vom Ältestenrat, der am Dienstagabend zusammentrat, erneut abgelehnt. Die Kommunisten hatten als Tagesordnung nicht nur die Beratung der Winterhilfe, sondern auch die der politischen Anträge verlangt; ihr Antrag fand bei den anderen Fraktionen überhaupt keine Unterstützung. Die Sozialdemokraten wünschten nur die Beratung der Winterhilfsanträge noch vor Weihnachten, aber auch dafür traten außer den Antragstellern nur noch die Kommunisten ein. Eine nationalsozialistische Anregung, den Reichstag selbst zwar nicht mehr vor Weihnachten, aber doch wenigstens unmittelbar nach Weihnachten einzuberufen, wurde zurückgestellt zugunsten eines Antrags des Zentrums, wonach der Ältestenrat zu gegebener Zeit nochmals zusammentreten soll, um sich mit der Frage der Einberufung des Plenums zu befassen. Die Kommunisten haben inzwischen einen neuen Antrag eingebracht, den Ältestenrat am Dienstag nach Weihnachten zusammenzutreten zu lassen, um über die kommunistische Forderung einer Reichstags-Sitzung am Donnerstag, dem 2. Dezember, zu entscheiden.

Die Regierung war in der Ältestenratssitzung durch Reichsarbeitsminister Dr. Brüning, Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium und durch den Staatssekretär der Reichskasse Pland vertreten. Staatssekretär Pland warnte vor einem Zusammenritt des Reichstages. Er führte aus, die Regierung habe ja in der Frage der Amnestie ihr Entgegenkommen gegenüber dem Reichstag bewiesen. Wenn der Reichstag nun Beschlüsse fesse, die für die Regierung nicht tragbar wären, so müßte man mit ernstlichen Konflikten rechnen. Ein Zusammenritt des Reichstages noch vor Weihnachten würde den sofortigen Konfliktfall bedeuten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brüning gab Auskunft über den Stand der Beratungen des Reichstages über die Winterhilfsmaßnahmen. Es werde sich voraussichtlich ermglichen lassen, daß für jeden Hauptunterstützungsempfänger vier Pfund Fleisch um je 30 Pfennig verbilligt abgegeben werden könnten und ferner zwei Zentner Kohlen, ebenfalls um je 30 Pfennig verbilligt. Bei gegenwärtig 6,9 Millionen Hauptunterstützungsempfängern würde das einen Aufwand von 37 Millionen erfordern. Dazu würden noch einige

Millionen kommen für Zwecke der Kinderpeisung. Das Reichskabinett werde am Mittwoch, also heute, hierüber endgültige Beschlüsse fassen. Aus finanziellen Gründen könne die Regierung über das so skizzierte Ausmaß der Winterhilfe nicht hinausgehen.

In allen ruhig denkenden politischen Kreisen wird die Tatsache, daß die gestrige Sitzung des Ältestenrates nicht zu einer Weihnachts-Tagung geführt hat, natürlich sehr begrüßt. Im weitestlichen entspricht dieses Ergebnis dem, was erwartet wurde. Immerhin hat sich der Ältestenrat seinen Beschluß erst abbringen müssen und von Regierungen wegen müßte mit gewissen Andeutungen über die Konsequenzen einer Weihnachts-Tagung nachgehakt werden. Ob der Ältestenrat sich zu seiner Stellungnahme entschloß. In der Tat ist die politische Entwicklung einer Auflösung des Reichstages noch vor Weihnachten wohl näher gewesen, als man allge-

mein acht. Wie bereits gestern von uns ausgesprochen wurde, war die Reichsregierung nicht gewillt, sich irgend welche Agitationsbeschlüsse gefallen zu lassen. Der Ältestenrat hat offenbar eingesehen, daß es unter diesen Umständen für den Reichstag umsonst ging und daß es deshalb richtiger war, die Weihnachts-Tagung zu vermeiden. Wie schwer ihm der Beschluß aber fiel, das wird aus der Absicht deutlich, zwischen Weihnachten und Neujahr noch einmal zusammen zu kommen. Dieser Beschluß trägt allerdings deutlich das Zeichen eines Kompromisses, dem kaum ernste Folgen entspringen werden. In eine Reichstags-Tagung zwischen Weihnachten und Neujahr ist natürlich schon nach alten Gepflogenheiten nicht zu denken, so daß also der gestrige Beschluß auf alle Fälle die Reichstags-Tagung ins nächste Jahr hinein bedingt. Auch der Ältestenausschuß wird sich schließlich darüber klar sein, daß für seine nächste Sitzung von der Wilhelmstraße her dieselben Voraussetzungen gegeben sind, die ihn gestern veranlaßt haben, vorsichtig zu operieren.

Das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel

nach nicht endgültig fortgefallen.

Der gestrige Verordnung des Reichspräsidenten ist besondere Bedeutung beizumessen insofern, als für den Fall schärfste Maßnahmen angedroht werden, daß die politische Versammlung im Lande nicht andauert, wie man es in Kreisen der Reichsregierung erwartet. Für diesen Fall ist bereits im Reichsinnenministerium ein Gesetz fertiggestellt, das schärfste Strafen gegen alle diejenigen vorsieht, die die Ruhe und Sicherheit im Lande gefährden. Weiter ist im Rahmen der Notverordnung die Tatsache wichtig, daß das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel mit der Aufhebung der Verordnung vom Sommer dieses Jahres noch nicht endgültig fortgefallen ist, da bis 2. Januar 1933 noch die Bürgerfriedensverordnung in Kraft ist. Solange diese Notverordnung gilt, werden die Versammlungen unter freiem Himmel verboten sein. Da aber eine Verlängerung der Bürger-

friedens-Notverordnung von der Reichsregierung nicht beabsichtigt ist, werden folgerichtig im neuen Jahre Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel stattfinden können. Die Reichsregierung wünscht sogar, daß das Demonstrationsverbot alsbald fällt, da man in der Wilhelmstraße der Ansicht ist, daß gerade Versammlungen und Umzüge als Sicherheitsventil für das Volk betrachtet werden müssen.

Die Beseitigung der Beschränkung der Pressefreiheit wird sich vor allem im Fortfallen von Aufklärungsnachrichten ankern. Ein Verbotgrund für eine Zeitung ist in Zukunft nur noch dann als vorliegend zu betrachten, wenn in dieser Zeitung Äußerungen hoch- oder landesverräterischen Inhalts veröffentlicht werden.

Erste französische Finanzlage.

Einberufung des Parlaments für Donnerstag.

Paris, 20. Dezember. Bei der Uebergabe des Finanz- und Budgetministeriums an den neuen Finanzminister Chéron haben die bisherigen Ressortminister Germain-Martin und Palmade in einer durch Havas verbreiteten Erklärung auf den Ernst der Finanzlage hingewiesen. Sie teilen mit, daß in der Zeit vom Juni bis November die Steuereinnahmen um 3 Milliarden Franken unter dem Voranschlag zurückgeblieben seien und daß sich am 14. Dezember, dem Tage des Rücktritts des Kabinetts Herriot, an barem Gelde nur noch 605 Millionen in der Staatskasse befanden.

Bei der Debatte über die Schuldenfrage ist, wie eine Meldung besagt, übrigens offenbar ganz übersehen worden, daß schon in den Haushalten für 1932 die 480 Millionen Franken für Amerika eingestellt waren; de facto hätte es Herriot also gar nicht nötig gehabt, beim Parlament um die Ermächtigung zur Zahlung nachzusuchen.

Paris, 21. Dezember. Das Parlament ist endgültig für Donnerstag nachmittag 3 Uhr einberufen worden, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen.

Militärflugzeug auf ein Haus abgestürzt.

Paris, 20. Dezember. Ueber dem Pariser Vorort Antony ist heute ein Militärflugzeug auf ein Haus niedergestellt. Beide Insassen des Flugzeuges waren auf der Stelle tot. Außerdem wurde eine Anzahl Personen verletzt.

Paris, 20. Dezember. Bei dem Absturz des Militärflugzeuges auf ein Haus im Vorort Antony haben 19 Hausbewohner zum Teil schwere Verletzungen und Brandwunden erlitten. Das Flugzeug ging beim Aufschlag auf das Dach des Hauses in Flammen auf. Das Dach fing Feuer und stürzte ein, die Hausbewohner unter sich begräbend. Die beiden Piloten sind, wie gemeldet, ums Leben gekommen.

4000 Bomben beschlagnahmt.

Buenos Aires, 20. Dezember. Die Regierung hat — wie bereits gemeldet — über ganz Argentinien den Befehl erlassen, alle in der Hand befindlichen Bomben beschlagnahmen. Die Zahl der bei den Verschwörern beschlagnahmten Bomben beträgt etwa 4000. Ferner wurden beschlagnahmt 20 Gewehre der brasilianischen Armee, die von den Aufständischen von Sao Paulo stammen.

Amnestie auch vom Reichsrat genehmigt

Die Amnestie vom Reichspräsidenten unterzeichnet. — Schnelle Abwicklung der Entlassungen.

Der Reichsrat hielt am Dienstagabend unter ungewöhnlich starker Beteiligung der Öffentlichkeit eine Vollversammlung ab, in der er mit 44 gegen 19 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen beschloß, gegen die vom Reichstag beschlossene Amnestie keinen Einspruch zu erheben.

Der Vorsitzende, Reichsjustizminister Dr. Gürtner, stellte fest, daß damit die von der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit für das Amnestiegesetz erreicht sei. Der Reichsrat begründete seine Haltung durch die gleichzeitige Annahme einer vom Vertreter Berlins, Oberbürgermeister Dr. Sahm, vorgelegten Entschließung, in der zunächst die Bedenken gegen die Amnestie zum Ausdruck gebracht werden. Rechtsicherheit und Rechtsbewußtsein erlitten Schaden, so heißt es darin, wenn Gesetzesverletzungen so schwerer Art in so großer Zahl straffrei bleiben. Dazu kämen die grundsätzlichen Bedenken, die jeder Erfindung einer Reichs-amnestie auf Landeskassachen entgegenstünden. Die trotzdem erfolgte Zustimmung zu dem Gesetz wird damit begründet, daß auch ein Einspruch nur aufschiebende Wirkung gehabt haben würde. Eine solche Hinausschiebung aber würde die der politischen Entspannung und der Beruhigung dienende Wirkung der Amnestie vereiteln, die allein den schweren Nachteilen als ein Ausgleich gegenüberstehe. Die mit der Hinausschiebung verbundene Ungewißheit und Verunsicherung würde ferner für die Strafrechtspflege und den Strafvollzug weitere schwere Nachteile mit sich bringen.

Für die Erhebung des Einspruchs stimmten nur die Länder Bayern, Württemberg, Baden und die preussische Provinz Brandenburg. Die drei Stimmenthaltungen stammten von Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz und der Provinz Hannover.

In der vorausgegangenen Debatte hatte Min.-Dir. Sperr den Einspruch Bayerns ungefähr mit denselben Gründen belegt, wie sie in der schließlich angenommenen Resolution zum Ausdruck kommen. Ihm hatten sich die Vertreter Württembergs und Badens angeschlossen, während der Vertreter Thüringens das Gesetz begrüßte und Min.-Dir. Dr. Brecht für Preußen erklärte, trotz grundsätzlicher Bedenken gegen das Gesetz halte Preußen doch die Gründe, die gegen einen Einspruch sprechen, für überwiegend.

Das Schicksal der Amnestie war noch bis zum Beginn der Reichsratssitzung ungewiß geblieben, den ganzen Tag

über dauerte in den Berliner politischen Kreisen das Rätselraten darüber an. Vormittags hatte Dr. Brecht mit den Provinzialvertretern Preußens eine Konferenz, die auch über die Haltung der Provinzen noch keine endgültige Klarheit brachte. In dieser Sitzung wurde jedoch die am Abend angenommene Entschließung formuliert. Inzwischen war auch bekannt geworden, daß Baden und Württemberg ebenso wie Bayern dabei bleiben würden, das Amnestiegesetz abzulehnen. Als mittags die Reichsratsausschlüsse zusammentraten, um sich nochmals mit der Amnestievorlage zu beschäftigen, stand also die Entscheidung auf des Meßers Schneide. Denn Bayern, Württemberg und Baden verfügten im Reichsrat über 18 Stimmen, es fehlten nur vier Stimmen an der für den Einspruch notwendigen Eindrittelmehrheit. Die Empfehlung des Ausschusses, keinen Einspruch zu erheben, bedeutete angesichts dieser Ungewißheit noch keine Vorentscheidung, denn das Stimmverhältnis in den Ausschüssen stimmt nicht überein mit demjenigen im Plenum des Reichsrats.

Reichsjustizminister Gürtner schloß die Reichsratssitzung mit beiden Weihnachts- und Neujahrswünschen. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich erst nach Neujahr einberufen werden.

Berlin, 20. Dezember. Nachdem das Amnestiegesetz den Reichsrat glatt passiert hat, hat der Reichspräsident es bereits heute abend unterschrieben. Es wird am Mittwoch im Gesetzblatt erscheinen und damit in Kraft treten.

Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß die Personen, die unter die Amnestie fallen, noch bis Weihnachten in Freiheit gesetzt werden können. Wie verlautet, sollen die Entlassungen bereits am Donnerstag beginnen.

Die Angaben über die Zahl der von der Amnestie Betroffenen schwanken sehr stark. Man nennt Zahlenreihen zwischen 10- und 20.000. Am nächsten dürften die Informationen den Tatsachen kommen, nach denen der Gesamtkreis der von der Amnestie erfassten Personen sich auf etwa 15.000 bezieht. Davon werden etwa 9000 Personen aus der Haft entlassen werden, für einige weitere Tausend treten Strafmilderungen ein, und außerdem wird eine große Anzahl schwabender Verfahren eingestellt.

Die Milderung der politischen Verordnungen.

Aufhebung der Sondergerichte, Fortfall der verschärften Presse-Vorschriften.

Die am Dienstag erfolgte Veröffentlichung der Verordnung zur Erhaltung des inneren Friedens (siehe auch besonderen Artikel in heutiger Nummer 1. Beilage 1. Seite) ist begleitet von einer amtlichen Rundgebung, in der es einleitend heißt:

„Die zur wirtschaftlichen Erholung notwendige Aufschaltung aller absichtlichen Störungen des öffentlichen Friedens hat in den letzten Jahren eine große Zahl von Ausnahmeverordnungen notwendig gemacht, die die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte beschränkt haben. Die jetzt fällige eingetretene politische Beruhigung hat die Reichsregierung veranlaßt, dem Herrn Reichspräsidenten die Aufhebung eines Teiles dieser Sonderverordnungen, und zwar die Aufhebung der Verordnungen gegen politische Ausschreitungen und gegen den politischen Terror vorzuschlagen, deren Geltungsdauer von vornherein nur für die Zeit besonderer politischer Spannungen gedacht war, und die daher jetzt entbehrt werden können. Denn es versteht sich von selbst, daß es für jede Regierung wünschenswert ist, die normalen gesetzlichen Vorschriften nur solange durch Sondermaßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität zu verstärken, als dies unumgänglich notwendig ist. Der Reichspräsident hat diesem Antrag zugestimmt.

Mit der Aufhebung der genannten politischen Sonderverordnungen kommen außer ihren verschärften Strafvorschriften u. a. zum größten Teil diejenigen Bestimmungen in Fortfall, die das Versammlungsrecht und die Presse über das normale Maß hinaus beschränkt haben. Die Reichsregierung ging dabei von der Erwartung aus, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten künftig in der Öffentlichkeit in einer Form ausgetragen werden, die des deutschen Volkes als einer Kulturnation würdig ist. Wie der Reichspräsident bereits in seiner Rundfunkrede vom 15. d. M. mitgeteilt hat, hat der Herr Reichspräsident dem Vorschlag der Reichsregierung im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungliebenden Bevölkerung entsprochen, dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht zögern würde, eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich wider Erwarten in seinem Vertrauen getäuscht sehen sollte.

In der Aufhebungsverordnung ist bestimmt, daß Verträge gegen die bisherigen Ausnahmeverordnungen, soweit sie nicht etwa schon unter die vom Reichstag beschlossene Amnestie fallen würden, künftig nicht mehr verfolgt werden. Die Strafmilderungsvorschriften der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 sind ausdrücklich aufrechterhalten. Auch ist das sofortige Außerkräfttreten der auf Grund der bisherigen Vorschriften erlassenen Zeitungsverbote ausgesprochen worden.

Um einen klaren Rechtszustand zu schaffen, erschien es angebracht, im Zusammenhang mit der Aufhebung der politischen Sonderverordnungen schon jetzt das Republik-Schutzgesetz außer Anwendung zu setzen, dessen Geltungsdauer am 31. Dezember d. J. abgelaufen wäre. Ein uneingeschränkter Fort-

fall dieses Gesetzes war allerdings nicht möglich, da in ihm Vorschriften enthalten sind, die zur Sicherung des öffentlichen Lebens gegen friedensstörende Angriffe nicht entbehrt werden können. Es sind daher in die neue Verordnung einige Vorschriften des Republik-Schutzgesetzes übernommen worden, für deren dauernde Beibehaltung eine Notwendigkeit besteht. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Ergänzungen des Strafgesetzbuches nach drei Richtungen hin: Die Verabredung zu Verbrechen gegen das Leben bleibt weiterhin unter Strafe gestellt. Dasselbe gilt für Gewalttätigkeiten gegen den Reichspräsidenten und öffentliche Beschimpfung oder Verleumdung des Reichspräsidenten. Ferner war zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität ein dauernder Schutz des Staates, seiner Symbole und der sich in der Wehrmacht verkörpernden Hoheit des Staates gegen Verletzungen notwendig. Es ist daher in das Strafgesetzbuch eine Strafvorschrift gegen den Eingriff, der öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht.

Abgesehen von diesen drei Strafvorschriften sind aus dem Republik-Schutzgesetz mit gewissen Abänderungen nur diejenigen Vorschriften übernommen worden, die der Sicherung des Staates gegen hochverräterische Angriffe dienen. Es sind dies die Vorschriften über Zuständigkeit und Verfahren bei Auflösung von Vereinen, die hochverräterische Zwecke verfolgen, und die Möglichkeit, periodische Druckschriften dann auf gewisse Zeit zu verbieten, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den Paragraphen 81 bis 86 StGB. bezeichneten Handlungen begründet wird. Diese Vorschriften sind dahin ergänzt worden, daß ein Verbot periodischer Druckschriften auch wegen einer landesverräterischen Veröffentlichung zulässig ist.

Abgesehen hiervon enthält die neue Verordnung nur noch zwei Vorschriften, auf deren dauernde Beibehaltung im Interesse des Staatswohls nicht verzichtet werden kann: Die schon im Reichsvereinsgesetz ausgesprochene, vor kurzer Zeit aber vom Reichsgericht aus formellen Gründen für nicht mehr anwendbar erklärte Befugnis der Polizei, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, muß auch weiterhin gegeben sein. Ebenso mußte aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die am 31. Dezember d. J. endende Geltungsdauer des § 3 des Waffennachschußgesetzes bis auf weiteres verlängert werden, wonach eine erhöhte Mindeststrafe den trifft, der bewaffnet gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint.“

Berlin, 21. Dezember. Die Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Sondergerichte ist heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Die Tätigkeit der Sondergerichte endet damit mit dem Ablauf des 21. Dezembers.

Die amerikanische Schulden-Frage.

Roosevelt will seine eigenen Pläne ausführen.

In den Kreisen des Bundes senats, die Roosevelt nahe stehen, wird Hoovers Vorschlag über die Einsetzung einer Kommission zum Studium der Schuldenfrage ungünstig beurteilt. Man behauptet, daß Roosevelt, als er im November mit Hoover zusammentraf, von diesem keine Klarheit über die amerikanischen Bindungen gegenüber England und Frankreich erhalten konnte, und daß er es daher ablehnte, im jetzigen Stadium der Dinge mitzuwirken. Offenbar, so wird erklärt, verusche Hoover jetzt durch Einsetzung einer Kommission die Verhandlungen so weit zu bringen, daß sie Roosevelt ab 4. März wohl oder übel fortsetzen müsse und dann ein Erfolg Hoovers zu gute kommen, ein Mißerfolg aber Roosevelt belasten würde. Roosevelt beabsichtigt, nach Austritt seines Amtes ohne Rücksicht auf Hoovers Vorgehen seine eigenen Pläne zur Ausführung zu bringen. Ein Punkt dieser Pläne sei: Getrennte Verhandlungen mit jedem einzelnen Schuldnerstaat, nicht aber Verhandlung der Schuldenfrage mit einer allgemeinen Konferenz über internationale Wirtschaftsverhältnisse. Ein weiterer Punkt sei: Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit den Staaten, die nicht bis zum 4. März die Devisenrate befestigen.

Hoover unterscheidet zwischen Staaten, die ganz offensichtlich nicht zahlen können und Staaten, die — wie Frankreich — nicht zahlen wollen. Im Bundes senat ist man bereit, dieser Vorsehung der zahlungsunwilligen, aber zahlungsunfähigen Nationen zuzustimmen, nur wünscht man Vertagung des ganzen Fragenkomplexes bis nach Hoovers Abgang. Das Weiße Haus ist demgegenüber offenbar entschlossen, nicht bis zum 4. März zu warten.

Nach einer Besprechung zwischen Roosevelt und Owen D. Young erklärte Roosevelt, er habe mit Young nur im allgemeinen über die wirtschaftliche Lage gesprochen; doch glaubt man, daß vor allem die lebhaften Wünsche der Bankfreie auf Einsetzung einer Organisation zur Erörterung der Schuldenrevision vor Beginn der Präsidentschaft Roosevelts eine Rolle bei den Besprechungen gespielt habe. Man ist allgemein der Ansicht, daß maßgebende republikanische und demokratische Bankfreie ihren ganzen Einfluß geltend machen, um eine baldige Eröffnung der Schuldenrevision herbeizuführen, da sie ebenso wie Hoover die Auffassung vertreten, die Krise, zu der die Zahlungsmeigerung von London wie Frankreich und Belgien führen müsse, werde so schwer sein, daß es unbedingt notwendig sei, Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Zeitraum bis zur Amtübernahme des neuen Präsidenten zu überprüfen.

London, 21. Dezember. Die heutige Morgenpresse beurteilt die Bemühungen Hoovers, die Kriegsschuldenrevision in Gang zu bringen, durchaus skeptisch.

Litauen sucht Verständigung mit Polen

Der Litauer „Aušronomy Kurier Codzienny“, der dem Regierungslager nahesteht, läßt sich aus Kowno melden:

Litauen steht am Vorabend einer grundsätzlichen Revision seines Standpunktes gegenüber Polen. Ein Beweis dafür ist eine Rede des litauischen Außenministers Dr. Jaunius, die er in einer Pressekonferenz gehalten hat. Er erklärte, daß die Litauen-Frage aus dem toten Punkt herausgekommen sei und daß man mit vollem Optimismus die künftigen polnisch-litauischen Beziehungen beurteilen könne.

Die Erklärung von Jaunius, der ein erstklassiger Staatsmann ist, hat das Schweigen in der Litauen-Frage durchbrochen und ist zu einer Lösung für eine lebhaft diskutierte über dieses Thema in politischen Versammlungen Kownos geworden. Das aktuelle Thema ist jetzt die Revision der Litauen-Frage.

Deutsche Forderungen in Litauen.

Im Jahresberichte des Kulturverbandes der Deutschen Litauens heißt es u. a.: „Da die Zahl der staatlichen Schulen im Laufe der Jahre infolge der unaufrichtigen Nationalisierungspolitik der Regierung bis auf zwei zurückgegangen ist, so genügen die 9 Volksschulen des Kulturverbandes bei weitem nicht, den Mangel an deutschen Schulen für die ca. 5000 deutschen schulpflichtigen Kinder in Litauen zu ersetzen. Um den Stand des Unterrichts auf einer erträglichen Höhe zu erhalten, müßten ca. 25 Neugründungen in Südlitauen erfolgen, wo die Deutschen am dichtesten siedeln und so die Nationalisierungspolitik am schärfsten betrieben wird.“

Im Berichte wird dann auch von den Verhandlungen mit der Regierung wegen Abhilfe des heutigen Zustandes im Schulwesen gesprochen. „Da es sich beim letzten Besuch herausgestellt hat, daß das Kultusministerium ganz kategorisch ablehnt, auf Kompromisse in der Frage der Nationalitätsbestimmung einzugehen, hat der Hauptvorstand bereits mit der Ausarbeitung einer diesbezüglichen Eingabe an den Innenminister und Ministerpräsidenten wegen der neuen Passformulare begonnen.“

Beim letzten Besuch sind auch die von der Lehrerkonferenz geäußerten Wünsche: Eröffnung von Kindergärten, Einteilung der Schulzeit zur Sprache gebracht worden.“ Bekanntlich fordern alle Minderheiten Litauens, daß ihren Angehörigen die Bestimmungen über ihre Nationalität und damit über die Eintragung des entsprechenden Vermerkes in den Paß selbst überlassen bleiben möge. Bisher wird diese Forderung auf Grund der sog. „objektiven Kennzeichen“ von den Behörden vorgenommen, d. h. der litauische Staat bestimmt selbstherrlich, wer ein Deutscher ist und wer nicht.

Witterungs-Beobachtungen vom 20. und 21. Dezember

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C	Luftfeuchtigkeit in %	Windrichtung u. Windstärke 0-12	Seewindrichtung u. Seewindstärke 0-10	Niederschlag in mm
9 Uhr abends	756,2	- 2,8	90	SSW 2	1	—
7 Uhr früh	756,7	- 2,8	92	SSW 1	5	—
1 Uhr nachm.	756,8	+ 2,1	68	S 2	2	—

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden: — 3,3.

Die vergangene Nacht brachte uns wiederum verbreitete Fröste. In der Höhe herrscht nach wie vor Temperaturumkehr. So meldet heute morgen die Schneefarbe plus 10 Grad Wärme. Die neuen Störungen der 65. Serie dürften auf unsere Wetterlage zunächst keinen Einfluß gewinnen.

Wie wird das Wetter am Donnerstag sein?

Zeitweise aufreißender Süd, noch vorwiegend schneig- heiter, Nachtfrost, tagsüber milder.

Hauptausschuß des Preussischen Landtags.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Dienstag u. a. mit einem sozialdemokratischen Antrag, der das Staatsministerium ersucht, die Durchführung des vom Reichskommissar herausgegebenen Erlasses gegen die Radikalfortbewegung auszuweisen. Der Hauptausschuß nahm den Antrag in der Fassung an, daß das Staatsministerium ersucht wird, daß die Durchführung des Erlasses über die Schließung der Freikörperkulturvereine Rudolf Koch und ähnlicher Anstalten ausgesetzt und mit Rücksicht auf die den Instituten erwachsende wirtschaftliche Schädigung und eine notwendig werdende Umstellung Verhandlungen mit dem Ziele der Weiterführung dieser Schulen aufgenommen werden.

Annahme fand ein kommunistischer Antrag, wonach das vom Berliner Polizeipräsidenten erlassene Verbot des am 25. September 1932 geplanten roten Massenportages mißbilligt wird und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Zentrumsanträge im Preussischen Landtag.

Im Preussischen Landtag hat die Zentrumsfraktion einen Antrag eingebracht, worin das Staatsministerium ersucht wird, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die Fernsprechnutzungsgebühr abgeschafft oder, wenn dies nicht möglich sein sollte, wesentlich ermäßigt wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Telefongrundgebühr für die Fernsprechnutzer, die nur bis zu 75 Gesprächen im Monat führen, eine Verdoppelung der einzelnen Gesprächsgebühren bedeute.

Ein anderer Antrag des Zentrums beschäftigt sich mit dem Rückgang der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, der sich in einer für das Bauerntum verhängnisvollen Weise fortsetze. Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Durchführung einer angemessenen Einfuhrregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere auf dem Gebiet der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, sichergestellt wird.

Steuerliche Behandlung der Winterhilfe.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hat in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß infolge der Rechtsprechung in einzelnen Fällen eine unmittelbare Anwendung der für die Winterhilfe 1931/32 gegebenen Richtlinien auf die Winterhilfe 1932/33 nicht möglich ist. In dem Erlaß heißt es alsdann weiter:

Es ist jedoch bei der herrschenden Not weiter Bevölkerungsfreie geboten, bei der steuerlichen Behandlung der Zuwendungen für die Winterhilfe 1932/33 ebenso entgegenzukommen, wie bei den Zuwendungen für die Winterhilfe 1931/32. Ich bestimme daher, daß die Zuwendungen für die Winterhilfe 1932/33 hinsichtlich der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in demselben Umfang wie unter Ziff. 1 der Richtlinien des Erlasses vom 14. Januar 1932 vorgeesehen, zu begünstigen sind, und zwar, soweit dies nicht bereits bei der Einkommensberechnung selbst möglich ist, durch entsprechende Ermäßigung der festgesetzten Einkommen- (Körperschaft-) Steuer. Für die Umsatzsteuer und die Schenkungssteuer bestimme ich, daß die Regelung in den Erläßen vom 14. Januar 1932 auch auf die Winterhilfe 1932/33 Anwendung zu finden hat.

Kriegsopfer fordern ein Sonderministerium.

In eingehenden Verhandlungen beschäftigte sich der Sozialpolitische Ausschuß des Reichsverbandes deutscher Kriegsopfer mit der unerträglichen Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegserbhinterbliebenen. Ein dringender Appell um rasche Hilfe wurde an die neue Reichsregierung gerichtet.

Der Ausschuß gewann jedoch auch Klarheit darüber, daß eine durchgreifende Besserung nur zu erreichen sei, wenn Reichsversorgung und Kriegsopferfürsorge aus den Abhängigkeiten befreit werden, die zum Schaden der Kriegsbeschädigten und Kriegserbhinterbliebenen im Laufe der letzten Jahre, zum Teil willkürlich, geschaffen wurden. Im Hinblick hierauf ersucht den Ausschuß die Herausnahme der Kriegsopferversorgung aus der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums für unerlässlich. Der Reichsverband deutscher Kriegsopfer fordert die alsbaldige Bildung eines Sonderministeriums, dem die gesamte Versorgung und Fürsorge für die ehemaligen Angehörigen der alten und der neuen Wehrmacht und deren Hinterbliebenen zugewiesen wird.

Durch die Bildung dieses Ministeriums und die damit verbundene uneingeschränkte Betreuung der Kriegsopfer durch das Reich verpflichtet sich der Reichsverband deutscher Kriegsopfer ferner auch eine fühlbare finanzielle und verwaltungstechnische Entlastung der Länder und Kommunen, ohne daß gleichzeitig der Verwaltungsaufwand des Reiches erhöht würde.

Besprechungen beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 20. Dezember. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke empfing den Bundesführer des Stahlwerks, Oberleutnant Düsterberg, zu einer eingehenden Besprechung über die Frage der Arbeitsbeschaffung. Weiterhin hatte er eine Unterredung mit dem Führer des Jungdeutschen Ordens Wahren, in der besonders die Bedeutung der Siedlung erörtert wurde.

Der sächsische Regierungsentwurf über Straffreiheit vom Landtag angenommen.

Dresden, 20. Dezember. Der Sächsische Landtag lehnte in seiner heutigen Sitzung die von den beiden Fraktionen eingebrachten Amnestieanträge ab. Dagegen wurde der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der beiden Abgeordneten der Deutsch-sozialistischen Partei angenommen. Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen dagegen.

Württemberg und die Amnestie.

Stuttgart, 20. Dezember. Der Landtag hat die drei fast gleichlautenden Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, durch die die Regierung zu der Anweisung an den württembergischen Reichsratsbevollmächtigten erlucht werden soll, dem zur Zeit im Reichsrat vorliegenden Amnestiegesetz zuzustimmen, mit 41 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 31 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Post-Chauffeurs mit Schußwaffen.

Wegen der sich häufenden Raubüberfälle auf Landkraftposten sind die Wagenführer mit Schußwaffen ausgerüstet worden. Diese Maßnahme war sowohl zum Schutz des Personals, als auch zur Sicherung der mit den Landkraftposten beförderten Postsendungen unerlässlich.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens.

Vom 19. Dezember 1932.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, deren erster Paragraph folgende Vorschriften außer Kraft setzt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 mit Ausnahme der Paragraphen 22 bis 26;

die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932;

die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932;

Paragraph 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November 1932.

Paragraph 2 erkennt der Polizeibehörde die Befugnis zu, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden.

Wird die Zulassung der Beauftragten verweigert, so kann die Versammlung für aufgelöst erklärt werden.

Wer als Veranstalter oder Leiter einer Versammlung den Beauftragten der Polizeibehörde die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert oder wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

Paragraph 3 bestimmt:

Sofern der Zweck eines Vereins den Paragraphen 81 bis 86, 127 bis 129 des Strafgesetzbuches zuwiderläuft, sind für eine nach Paragraph 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Auflösung die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig.

Gegen die Anordnung der Auflösung eines Vereins ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an einen vom Präsidium zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Einlegung der Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich der obersten Landesbehörde vorzulegen. Hilft diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich an den Reichsminister des Innern weiterzuleiten. Der Reichsminister des Innern kann der Beschwerde abhelfen; andernfalls hat er sie unverzüglich dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung des Reichsministers des Innern, die der Beschwerde abhilft, kann die oberste Landesbehörde die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts anrufen.

Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um die Auflösung ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsminister des Innern mit und ruft innerhalb derselben Frist die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts an. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen. Einer Beschwerde gegen eine auf Ersuchen des Reichsministers des Innern angeordnete Auflösung kann die oberste Landesbehörde nicht abhelfen.

Laut Paragraph 4 kann das Vermögen eines aufgelösten Vereins zugunsten des Landes beschlagnahmt und eingezogen werden.

Paragraph 5 bedroht denjenigen, der sich an einem aufgelösten Verein als Mitglied beteiligt oder den organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Ein weiterer Absatz befaßt sich mit den periodischen Druckschriften.

Paragraph 6 besagt: Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den Paragraphen 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches oder in den Paragraphen 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in anderen Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden.

Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopf- oder Ersatzblätter.

Das Verbot einer periodischen Druckschrift muß ohne fachliche Nachprüfung sofort aufgehoben werden, wenn die Beschwerde nicht spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung dem Reichsminister des Innern zugeleitet ist.

Wer eine nach Paragraph 6 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Ueber die Aenderung des Strafgesetzbuches wird in der Verordnung gesagt:

Als § 49 b wird in das Strafgesetzbuch folgende Vorschrift eingefügt:

„Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verbindung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Verbrechen so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Verbrechen oder der Verbindung oder der Verabredung begangenes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.“

Hinter dem ersten Abschnitt des zweiten Teils des Strafgesetzbuches wird folgender neuer Abschnitt eingefügt: „Wer gegen den Reichspräsidenten einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“

Ebenso wird bestraft, wer den Reichspräsidenten öffentlich beschimpft oder verleumdet. Die Tat wird nur mit der Ermächtigung des Reichspräsidenten verfolgt. Für die Befugnis zur öffentlichen Bekanntmachung gilt § 200 entsprechend.

Sind im Falle des Absatzes 2 milde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.“

Als § 184 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

„Wer öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.“

Die Geltungsdauer des § 3 des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 wird bis auf weiteres verlängert.

Der letzte Abschnitt der neuen Verordnung behandelt die Ueberleitungs- und Schlußvorschriften.

Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern und zwar, soweit es sich um Vorschriften über das Verfahren vor dem Senat des Reichsgerichts handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 tritt nicht am 31. Dezember 1932, sondern mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

Verbote periodischer Druckschriften, die auf Grund einer der aufgehobenen Vorschriften erlassen sind, treten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

Ist jemand wegen einer Tat verurteilt worden, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar ist, so darf die Strafe nicht vollstreckt werden. Dasselbe gilt für Nebenstrafen und Sicherungsmaßnahmen sowie für rückständige Geldbußen, die in die Kasse des Reichs oder der Länder fließen.

Bemerkte über Strafen wegen solcher Taten, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar sind, sind auf Antrag des Verurteilten im Strafregister zu tilgen.

Bei Inkrafttreten dieser Verordnung die Staatsanwaltschaft auf Grund des § 18 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juli 1932 einen Antrag nach § 212 der Strafprozeßordnung gestellt, so kann das Verfahren nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt werden.

Diese Vorschrift tritt eine Woche nach Verkündung dieser Verordnung außer Kraft.

Berliner Presse-Stimmen zur neuen Notverordnung.

In einer ganzen Anzahl Morgenblätter wird heute zu der neuen Notverordnung zur Erhaltung des inneren Friedens Stellung genommen. In der Mehrzahl wird diese Verordnung als eine Maßnahme gewürdigt, die der inneren Beruhigung dient.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß zweifellos der heutige Geisteszustand unserer Politik, soviel er auch zu wünschen übrig lasse, nicht mehr ganz mit der bürgerkriegsähnlichen Ueberreiztheit vom Sommer zu vergleichen sei. Es bleibe nun abzuwarten, wie sich die Aufhebung psychologisch auswirke und wie sich im Januar der politische Kampf gestalte.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer beseitigten Unfreiheit. Die neue Notverordnung stelle den Abschluß einer Periode dar, in der wachsende Unruhe mit verschärften Ausnahmebestimmungen und verschärfte Ausnahmebestimmungen immer wieder mit wachsender Unruhe beantwortet worden seien. Es sei zu wünschen, daß die neue Verordnung den Beginn der entgegengesetzten Entwicklung einleite, damit in naher Zukunft auch die letzten Einschränkungen der politischen Freiheit in Deutschland fallen könnten.

Der „Vorwärts“ nennt unter gleichzeitiger Bezugnahme auf die endgültige Verabschiedung des Amnestiegesetzes den 20. Dezember einen denkwürdigen Tag der deutschen Innenpolitik. Er bedeute das Ende des Versuches, das deutsche Volk nach den Prinzipien eines seelenlosen Paragraphengeistes mit wirklichkeitsfremder Härte zu regieren.

Die „Kreuzzeitung“ ist der Ansicht, daß die Reichsregierung eine außerordentlich schwere Verantwortung auf sich genommen habe. Man könne zweierlei Meinungen darüber sein, ob die Beruhigung schon so weit vorgeschritten und befestigt sei, daß sie die Aufhebung von Sondermaßnahmen in dem jetzt gewählten Umfange wirklich rechtfertige. Zu der Aufhebung der Pressebestimmungen sagt das Blatt, ein maßvoll ausgeübtes Recht der Regierung, mit Entgegnungen und sachlichen Feststellungen selbst in der Presse in der Meinungsbildung im Volke mitzuwirken, bedeuete keine ungebührliche Einschränkung einer recht verstandenen Pressefreiheit. Sie sei auf der anderen Seite für eine Staatsführung, die überparteilich sei und infolgedessen keine grobe Parteipresse zur Verfügung hat, wahrscheinlich unentbehrlich. Das Blatt glaubt, daß man auf diese jetzt aufgehobene Bestimmung wieder zurückkommen werde, je stärker die Reichsregierung den Charakter einer wirklich autoritativen Staatsführung annehme.

Geschäftsordnungs-Änderung im Preussischen Landtag nicht verfassungswidrig.

Bei p a g, 20. Dezember. In der auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der vom letzten Landtag vorgenommenen Aenderung des Paragraphen 20 der Geschäftsordnung durch den Preussischen Landtag gerichteten verfassungsrechtlichen Klage der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags gegen den Preussischen Landtag wurde heute vormittag vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, folgende Entscheidung verkündet:

Die Anträge werden zurückgewiesen.

Durch die Aenderung der Geschäftsordnung war, wie innerlich, festgelegt worden, daß der Ministerpräsident nur noch mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann.

In der Begründung zu der zweiten Entscheidung des Staatsgerichtshofes führte der Vorsitzende etwa aus:

Die Neuordnung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags, die für die Wahl des Ministerpräsidenten nur die absolute Mehrheit anerkennt, steht die Antragstellerin als verfassungswidrig an. Allerdings behauptet sie in erster Reihe, jede Geschäftsordnung binde nur den Landtag, der sie erlassen habe. Die Annahme der Antragstellerin ist, soweit die freiwillige Bestimmung in Frage kommt, unzutreffend. Am 24. Mai 1932 hat der Abg. von Winterfeld beantragt:

Der Landtag wolle beschließen, daß die Geschäftsordnung des Landtages der dritten Wahlperiode in der Fassung, die am 11. April gültig gewesen sei, bis auf weiteres als Geschäftsordnung des neuen Landtages gelte. Dagegen sollte die am 12. April beschlossene Aenderung für unanwendbar erklärt werden. Der Landtag hat aber am 3. Juni diesen Antrag abgelehnt und damit die neue Fassung des Paragraphen 20, Absatz 2 der Geschäftsordnung gebilligt. Daß dies der Sinn der Ablehnung des Antrages von Winterfeld war, ist von den verschiedensten Parteien im Landtag erklärt worden. So hat auch der gegenwärtige Landtag für die Wahl des Ministerpräsidenten eine Stichwahl ausgeschlossen.

Die Angriffe, die die Antragstellerin gegen die Ver-

fassungsmäßigkeit der Umgestaltung der Ministerpräsidentenwahl erhebt, könne nicht als begründet anerkannt werden. Die getroffene Neuordnung findet in der Verfassung selbst ihre Rechtfertigung. Mit ihr hat der Landtag nur von einem ihm ausdrücklich in der Verfassung eingeräumten Recht Gebrauch gemacht. Der Ausschluß der Stichwahl ist auch nicht mit sonstigen Verfassungsvorschriften unvereinbar. Insbesondere steht ihm nicht Artikel 17 Absatz 1 Satz 3 der Reichsverfassung entgegen, der für die Landesregierungen das Vertrauen des Landtages fordert. Der Antragstellerin ist freilich zuzugeben, daß die Nichtzulassung einer Stichwahl die Bildung einer neuen Regierung erschwert. Die Antragstellerin verweist darauf, daß der alte Landtag noch vor Ablauf seiner Wahlzeit den Paragraphen 20 geändert habe, nur um den Übergang der Regierungsgewalt auf die nationalsozialistische Partei zu verhindern, von der schon damals vorzuzusetzen gewesen sei, daß sie aus der Neuwahl als stärkste Partei in den Landtag zurückkehren werde. Daß das Ziel des Beschlusses des alten Landtages gewesen ist, die Uebernahme der Regierung durch die nationalsozialistische Partei zu erschweren, läßt sich nicht verkennen. Bei der Beurteilung der Rechtslage darf indessen nicht außer acht gelassen werden, daß der neue Landtag die Umgestaltung der Geschäftsordnung inzwischen gebilligt hat. Seine Mehrheit hat es wiederum abgelehnt, für die Wahl des Ministerpräsidenten eine Ausnahme von Artikel 22 Absatz 1 der preussischen Verfassung zu machen. Den Beweggründen der Mehrheit, die den Beschluß vom 12. April gefaßt hat, kommt daher keine entscheidende Bedeutung mehr zu. Wesentlich ist aber weiter, daß der ständige Beschluß eine Ausschaltung einer Verfassungsvorschrift bewirkt hat. Die Wahl eines Ministerpräsidenten ist mit Beseitigung der Stichwahl zwar erschwert worden, möglich ist sie aber gleichwohl geblieben.

Die Aenderung der Bestimmung bedeutet lediglich, daß die Parteien gezwungen werden, sich zu verständigen. Der Zwang, diesen Weg der Verständigung auch künftig bei der Regierungsbildung zu beschreiten, ist in Preußen durch die Abschaffung der Stichwahl zwar verschärft worden, aber nicht in unerträglichem Maße.

Hiernach mußten die Anträge zurückgewiesen werden.

Staatsgerichts-Entscheidung wegen Einberufung des Preussischen Landtages.

Leipzig, 20. Dezember. In dem verfassungsrechtlichen Streit zwischen der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag und dem Landtagspräsidenten wegen Einberufung des Preussischen Landtags wurde heute mittag vom Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich,

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, folgende Entscheidung verkündet:

Nach § 17 Absatz 3 Satz 2 der preussischen Verfassung durfte der Präsident des Preussischen Landtags auf das Ver-

langen der sozialdemokratischen Fraktion vom 8. August 1932 den Landtag nicht erst zum 30. August 1932 berufen.

Die Entscheidung stützt sich auf eine Begründung, in der es u. a. heißt:

Nach Artikel 17 Absatz 3 Satz 2 der preussischen Verfassung muß der Präsident des Preussischen Landtags diesen einberufen, wenn mehr als ein Fünftel der Mitglieder des Landtags es verlangen. Diese Pflicht besteht auch, wenn sich der Landtag nur vertagt hat. In diesem Standpunkt ist auch gegenüber den Einwendungen festzuhalten, die im gegenwärtigen Verfahren dagegen erhoben worden sind. Der Antragsteller ist verpflichtet gewesen, auch nach dem am 3. August gestellten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion den Landtag einzuberufen. Er hat den Preussischen Landtag dann auch berufen, aber erst zum 30. August. Diesen Einwand erkennt die Antragstellerin nicht als Erfüllung ihrer Einberufungsforderung an. Die Entscheidung des Staats-

gerichtshofes muß zugunsten der Antragstellerin ausfallen. Zwar erscheint es als berechtigt, daß der Antragsteller den ursprünglich mit Zustimmung der Antragstellerin Fraktion auf den 16. und 17. August anberaumten Sitzungstermin aufhob, als sich die nationalsozialistische Abgeordnete wegen einer Parteitagung für behindert erklärte. Eine kurze Verschiebung hätte aber genügt. Nicht statthaft war es dagegen, daß der Präsident den Landtag erheblich später, nämlich erst zum 30. August, berief. Der Landtagspräsident hat bei der Wahl des Sitzungstages nicht bloß Erwägungen angestellt, die nach der Verfassung von ihm angestellt werden durften, sondern er hat darüber hinaus erwogen, ob eine Tagung des Landtags damals überhaupt zweckmäßig war. Damit handelte er aber dem Artikel 17 Absatz 3 Satz 2 der preussischen Verfassung zuwider. Denn diese gibt der politischen Auffassung der Minderheit über die Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit einer Einberufung des Landtags den Vorrang vor der abweichenden Stellung des Präsidenten.

Totale Nachrichten.

Grünberg, 21. Dezember 1932.

* Der „Weihnachtsbaum für alle“. Gestern erstrahlte der Weihnachtsbaum vor dem Rathaus zum ersten Male in diesem Jahre im vollen Lichterglanz. Von heute an wird die Stadtkapelle bis einschließlich Heiligen Abend (Sonntag) täglich abends von 6 Uhr an vor dem „Weihnachtsbaum für alle“ Weihnachtslieder erklingen lassen.

* Bevölkerungsbewegung in der Woche vom 11. bis 17. Dezember. Zugang: Geburten 6, zugezogen 21, zusammen 27. Abgang: Todesfälle 3, weggezogen 24, zusammen 27.

* Die Reichsbezugscheine für 2 Pfund frisches Rind- oder Schweinefleisch, gültig in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember, sind jetzt auch hier an die Bezugsberechtigten ausgegeben worden. — Auch die Ausweise, die zur Beantragung von Sonderunterstützungen, nicht nur beim städtischen Wohlfahrtsamt, sondern auch bei allen Wohlfahrtsvereinigungen in der Stadt vorzulegen sind, wurden jetzt den Unterstützungsempfängern ausgehändigt.

* Dienstversammlung der Landjäger-Beamten. Unter Leitung des Kreisleiters, Oberlandjägermeisters Pirntke, fand am Montag im Hotel „Grüner Kranz“ eine Dienstversammlung der Landjägerbeamten statt, an der in Vertretung des erkrankten Landrats Kreisoberinspektor Fiebig teilnahm. Der Inspektionsbeamte, Landjägerhauptmann Demler-Glogau, hielt einen Vortrag über den zivilen Aufschub. Dann sprach Oberlandjäger Konrad über das Jägergesetz, Oberlandjägermeister Pirntke über zivildienstliche Angelegenheiten. Vor der Versammlung trafen sich die Beamten der Landjäger in der alten Turnhalle zur Körperübung.

* Die Beamten-Fachgruppe der NSDAP. tagte in Grünberg im „Prinzen Heinrich“. Nach einer Begrüßungsansprache des Obmannes Luther hielt Dr. Böckers einen Vortrag über das Thema: „Der Beamte im nationalsozialistischen Staat.“ Ein weiterer Redner sprach über Beamtenfragen.

* Der Ortsverein Grünberg der Preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft und die Ortsgruppe Grünberg des Verbandes der Diplom-Handelslehrer nahmen in einer gemeinsamen Sitzung Stellung zur 2. Preussischen Verordnung zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung vom 29. 10. 1932. Folgende Entschlüsse wurden angenommen: „Durch die 2. Preussische Verordnung zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung wird ein Teil der Aufgaben des Ministeriums für Handel und Gewerbe auf das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übertragen. So werden die Angelegenheiten der Handelshochschulen, der höheren Fachschulen für Frauenberufe, der Gewerbe- und Haushaltungsschulen usw. in Zukunft dem Kultusministerium angegliedert. Das bedeutet eine Zerreißung des beruflichen Schulwesens und einen Eingriff in die gesunde Entwicklung unserer Schulen. Es ist geradezu unverständlich und sinnlos, Schulen, die sich in denselben Räumen befinden, dieselben Lehrmittel benutzen, denselben Lehrkörper haben und unter einheitlicher Leitung stehen, plötzlich auseinander zu reißen und verschiedenen Ministerien zu unterstellen. Es ist unmöglich, daß dadurch eine Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung erreicht wird. Die Auswirkung dieser Verordnung wird zur Folge haben, daß in schulorganisatorischer Hinsicht gerade die kleinen Orte unter dieser Neuordnung am meisten leiden werden. Die Gewerbe- und Handelslehrer Grünbergs erheben darum gegen diese Regelung scharfen Einspruch. Sie sind der Überzeugung, daß der berufliche und fachliche Charakter der Berufsschulen verloren geht, wenn sie dem Kultusministerium unterstellt werden. Die Berufs- und Fachschulen der Wirtschaft, deren Aufstieg wir durch Ausbildung und Erziehung der berufstätigen Jugend unterstützen und fördern wollen. Das ist aber nur möglich, wenn unser gesamtes fachliches Schulwesen beim Wirtschaftsministerium bleibt. Mit besonderer Freude haben wir davon Kenntnis genommen, daß bei einer Protestkundgebung der Preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft in Berlin die Vertreter von Industrie und Handel, von Handwerk und Gewerbe, die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften, sowie der Bund deutscher Frauenvereine sich geschlossen hinter unsere Forderung stellten und einstimmig die Zerreißung des beruflichen Schulwesens und damit die Zerstörung des beruflichen Schulgedankens überhaupt ablehnten. Im Interesse von Staat und Wirtschaft fordern wir darum die Aufhebung desjenigen Teiles der Verordnung vom 29. 10. 1932, der die Angliederung der Handelshochschulen, der höheren Fachschulen für die Frauenberufe und der Gewerbe- und Haushaltungsschulen an das Unterrichtsministerium vorsieht und die Wiedereinbeziehung aller dieser Schulen in den Verwaltungsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit!“

* Der Verein ehem. Handelskassierer und Kassiererinnen Grünberg veranstaltete am Sonntagabend im Kasino der DWM einen Weihnachtsabend, an dem auch Direktor Bielow sowie einige Herren des Lehrerkollegiums der städtischen Berufs- und Fachschule mit ihren Frauen teilnahmen. Nachdem der 1. Vorsitzende die Gäste und Mitglieder begrüßt hatte, sprach er einige Worte von dem Zusammengehörigkeitsgefühl ehemaliger Schulkameraden, brachte dabei zum Ausdruck, daß durch gegenseitige Aufmunterung die Schwere der Zeit leichter zu tragen sei und stellte den Grundgedanken auf: Einigkeit macht stark! Sehr stimmungsvoll wirkte der gemeinsame Gesang bekannter Weihnachtslieder, begleitet durch Klavier und Geige. Nach dem Vortrag eines gut gesprochenen Weihnachtsgedichtes ging man dann über zur gemütlichen Unterhaltung, indem man sich zum Teil mit selbsthergestellten Scherzartikeln beschenkte. Direktor Bielow richtete einige belehrende Worte an die jungen Mitglieder und regte zugleich zu eifriger Vereinsarbeit an. Der Weihnachtsabend fand durch Gesellschaftsspiel und Tanz einen sehr netten Abschluß.

* Der Eisenbahn-Verein hatte seine Mitglieder und Angehörigen am Sonntag zur Weihnachtsfeier mit Einberufung der Kinder in das Schützenhaus geladen. Der Vorsitzende, Reichsbahn-Sekretär Nicklas, eröffnete den Abend mit herzlichen Begrüßungsworten. Er wies darauf hin, daß die Einberufung für die Kinder den Zeiten entsprechend nicht so reich sein könne wie in früheren Jahren, doch würden ja die Darbietungen der Kinder hier einen Ausgleich schaffen. Gut gezielten Weihnachtsliedern und Weihnachtsmärchen (Stadtkapelle) folgten sodann Vorträge und Festspiele der Kinder. Die kleinen Schauspieler hatten ihre Rollen gut gelernt und gaben sich redlich Mühe, es den großen Spielern gleich zu tun in Vortrag und Mimik. Die Darbietungen ernteten reichen Beifall, besonders den der anwesenden Kinder, für die sie ja bestimmt waren, denn es sollte ausschließlich ein Fest der Kinder sein. Es folgte sodann die Einberufung der 240 Kinder durch Knecht Ruprecht. Der Vorsitzende schloß mit Dankesworten für die zahlreiche Teilnahme an der Feier und für die Darbietungen der kleinen Spieler diesen und dem Spielleiter, die ihr Bestes gaben zum Gelingen des Festes.

* Hohes Alter. Donnerstag, den 22. d. M., begibt die Werkmeisterwitwe Ottilie Schulz, Untere Fuchsburg 10, in voller Gesundheit und geistiger Frische ihren 80. Geburtstag. Viele Grünberger dürften in den goldenen Seiten des Privatweinfachs bei „Rosen-Schulzes“ manche frohe Stunde verleben haben.

Was soll ich schenken?

Wer praktisch denkt, schenkt warme Unterkleidung.

Unsere Preiswürdigkeit und Leistungsfähigkeit in Trikotagen ist bekannt.

GRAU

Inhaber Bruno Hoffmann

* Von den Milchverkaufsstellen wird darüber Klage geführt, daß die leihweise überlassenen Milchflaschen nicht

zurückgegeben werden, sondern zu anderen Zwecken Verwendung finden. U. a. hat man solche als „Bäien“ auf den Friedhöfen vorgefunden. Die Flaschen sind Eigentum der Verkaufsstellen. Wer sie ohne Pfand erhalten hat, macht sich der Unterschlagung schuldig, wenn er sie nicht zurückgibt. — Dasselbe gilt auch für Selter- und Bierflaschen, die oftmals zurückgehalten werden.

* Krankenpflegerkursus. In der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken in Breslau findet am 1. April ein zweijähriger Krankenpflegerkursus statt. Daran können teilnehmen Personen beiderlei Geschlechts, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Bedingungen sind von der Krankenpflegeschule in Breslau zu beziehen.

* Schleifische Feuerversicherungs-Gesellschaft. Die Verwaltung der Schleifischen Feuerversicherungs-Gesellschaft teilt mit: Im Geschäftsjahr 1932 ist die Prämieinnahme zurückgegangen. Dieser Rückgang liegt jedoch unter dem Durchschnitt des allgemeinen Rückganges der Prämieinnahmen, von dem infolge der Wirtschaftskrisis die Gesellschaften mehr oder weniger stark betroffen worden sind. Der Versicherungsbestand der Gesellschaft (Stückzahl der Versicherungen) ist größer geworden. Der bisherige Verlauf des Geschäftsjahrs 1932 war bei der Gesellschaft normal. Obwohl die Zahlungsmittel der Versicherungsnehmer infolge der Wirtschaftslage schleppender geworden ist, können die Prämieinnahmen als zufriedenstellend bezeichnet werden.

* Bessere Beleuchtungsverhältnisse sind in der Straße am Dreifaltigkeitsfriedhof geschaffen worden. Dem 2. Tor des Friedhofes gegenüber ist eine hochherzige Lampe angebracht worden.

* Hausflure müssen beleuchtet sein! Jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, alle Treppen und Flure in seinem Hause, soweit sie für jedermann zugänglich sind, bei unverdunkelter Haustüre im Winter bis abends 9 Uhr erleuchtet zu halten. Die Beleuchtung muß ein deutliches Erkennen der betreffenden Räumlichkeiten ermöglichen. Andernfalls hat der Hauswirt oder sein Vertreter (Beauftragter) polizeiliche Bestrafung zu erwarten und ist in jeder Weise haftbar, wenn ein Unglück passiert. Die Polizei wird in der nächsten Zeit Nachprüfungen abhalten, ob dieser Vorschrift überall Genüge geleistet wird.

* Grober Unfug. Nachtschwärmer haben in letzter Zeit oftmals die auf dem Ringe stehenden Richtungsanzeiger „verfehlt“. Durch ortsunkundige Fahrer können durch solchen Unfug leicht schwere Verkehrsunfälle herbeigeführt werden.

* Straßenunfall. Auf der Züllichauer Chaussee fuhr gestern ein Pferdewagen und ein Motorradfahrer zusammen. Der Kraftfahrer erlitt beim Sturz Handabschürfungen. Außerdem ist Sachschaden entstanden.

* Einen plötzlichen Tod hatte ein Pferd, das einen Lastwagen auf die Auguthöhe ziehen sollte. Es brach plötzlich auf der Straße tot zusammen. Das geschah in der Nähe der Bismarck-Straße.

Der heutige Wochenmarkt in Grünberg

war ganz auf Weihnachtseinkäufe zugeschnitten. Das Markt- und Bild wurde von allen weihnachtlichen Genüssen beherrscht. Besonders stark waren die Zufuhren an Gänserümpfen. Wenn man alle die Tiere, die heute zum Verkauf gebracht wurden, in einen „Gänsemarsch“ aufstellen würde, gäbe es eine stattliche Strecke. Die Preise für Gänserümpfe hatten stellenweise angezogen. Anderes geschlachtetes Gansgeflügel sah man in großen Porten. Lebendes Geflügel war in ausreichender Menge anzutreffen. — An Wild bemerkte man u. a. große vollfleischige Hasen. — Zahme, lebende und geschlachtete Kaninchen waren auch vorhanden. An einer Stelle waren Meerschweinchen zum Verkauf gestellt.

Die Fischhändler waren für den starken Bedarf gut eingedeckt. U. a. wurden prächtige Spiegelskarpfen und Schleien

Flieger, grüß mir die Sonne!

Zur Uraufführung des neuen Ufa-Großfilms „F. P. 1 antwortet nicht“.

Von Hans Albers.



„F. P. 1 — die Insel aus Stahl“

hinter Hochsee-Schleppern. Ein Bild aus dem neuen Ufa-Tonfilm der Erich Pommer-Produktion „F. P. 1 antwortet nicht“

gehört Mut zu neuen Dingen und eine gehörige Portion Selbstvertrauen. Deshalb fliegen wir auch in unserm Film den Fliegermarsch mit den stolzen, markigen Worten:

„Vom Nordpol zum Südpol
Ist nur ein Augenblick.
Wir fliegen die Strecke
Bei jeder Witterung.
Wir warten nicht, wir starten,
Was immer auch geschieht.
Bei Sturm und Wetter
Klingt das Fliegerlied.“

Flieger, grüß mir die Sonne!
Grüß mir die Sterne und grüß mir den Mond!
Such dir die schönste Sternschnuppe aus,
Und bring sie deinem Nabel mit nach Haus!“

Es ist sonderbar: bis der Traum des Fliegers in Erfüllung ging, mußte die Technik das Wunder des Flugzeugs vollbringen; und doch sind diejenigen, die dies Geschenk der Technik praktisch benutzten, am allerwenigsten der Typ des technischen Menschen. Im Gegenteil, es sind die wahren Himmelsstürmer von heute!

Solch einen Himmelsstürmer zu spielen, das hatte ich mir schon immer gewünscht. Nun bin ich im neuen Ufa-Film der Erich-Pommer-Produktion „F. P. 1 antwortet nicht“ ein Flieger, und gleich ein ganz berühmter, dessen Langstreckenrekorde die Welt begeistern.

Ich habe das Fliegermilieu kennengelernt. Es ist ein hartes, ein schweres, aber doch ein herrliches Milieu. Es ist eine Art friedlichen Soldatentums: tapfer sein, der Gefahr kaltblütig ins Auge sehen, Entbehrungen nicht scheuen, seine Pflicht erfüllen im Dienst der Allgemeinheit. Es scheint, daß die Natur es mir erleichtert wolle, mich in die Persönlichkeit eines Fliegers und seine Lebensumstände hineinzufinden: manchen Tag hat der Sturm verhindert, daß wir nach Beendigung der Aufnahmen von unserer Insel ans Festland zurückkehrten; dann mußten wir alle die Nacht im Massenquartier verbringen.

Was der Film an fliegerischen Leistungen birgt, kann jeder, der ihn sieht, selbst erkennen. Doch was die größte fliegerische Arbeit war, ahnt der Zuschauer vielleicht nicht. Das war nämlich die Szene, in der mir die Landung mit dem Flugzeug auf F. P. 1 mißlingt. Im Manuskript ist vorgeschrieben: Die Landung mißlingt. Aber fliegen Sie mal so, daß die Kamera eine mißlungene Landung aufnehmen kann! Als wir das fünfzehnmal probiert hatten, bis es klappte, mußte ich: Nichtig landen ist eine Kunst, falsch landen müßte eigentlich leichter sein; aber auf Kommando falsch landen, das ist erst ein wahres Kunststück!

Die schwimmende Insel im Ozean als Stützpunkt für den Flugverkehr ist diesmal noch nur ein Filmprojekt. Und doch haben wir keine Utopie gespielt! Ernsthafte Pläne sind in Vorbereitung, solche künstlichen Inseln wirklich entstehen zu lassen.

Wer weiß, wie bald die F. P. 1 keine Sensation mehr sind, sondern Selbstverständlichkeiten wie die Flughäfen heute, die auch einmal kühne Träume waren! Zur Fliegerei

Aus dem Kreise Grünberg.

(3) Pörschen, 20. Dezember. Jagd. Rittersgutsbesitzer von Schierstädt veranstaltete gestern auf hiesiger Feldmark eine Treibjagd. Das Ergebnis hat auch diesmal wieder bewiesen, welche Plage dem Wilde angedrückt. 10 Schützen brachten insgesamt 235 Kreaturen: 186 Hasen, 27 Fasanen, 17 Hühner, 5 Kaninchen und 1 Ester zur Strecke. Dieser Schütze blieb wieder Graf von Strachwitz-Großschönau mit 68 Kreaturen. — **Sammlung.** Gegenwärtig findet hier eine Sammlung für die Notleidenden unserer Gemeinde statt. Es können Feuerung, Lebensmittel und Geld gespendet werden.

u. Pansitz, 20. Dezember. Weihnachtsfeier. Am Sonntagabend fand die langersehnte und gut vorbereitete Weihnachtsfeier der hiesigen Schule statt. Schon lange vor Beginn war der flehmische Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach gemeinsamem Biede begrüßte Lehrer Jagla die Erschienenen. Sodann wurden ein- und mehrstimmige Weihnachtslieder, sowie Gedichte vorgelesen, worauf ein lebendes Bild folgte. Pastor Zimmer aus Rothenburg gab in seiner Ansprache dem Wunsch Ausdruck, daß durch diesen Abend das Band zwischen Schule und Gemeinde noch enger geknüpft werden möge und richtete ernste Mahnworte, vor allem an die Jugend. Die Aufführung weihnachtlicher Theaterstücke „Prinz Tannenzapfen“, „Traumstück im Weichwasserwald“ fand wohlverdienten Beifall. Unterm leuchtenden Christbaum wurde dann die Einbeziehung durch Knecht Ruprecht vorgenommen. Herr Paul Lehmann jun. dankte im Namen der Teilnehmer den Veranstalter für die schönen Feiertage.

—g. Schweinitz, 20. Dezember. Der Vaterländische Frauenverein besetzte heute die bedürftigen Gemeindeglieder, wie es seiner üblich war. Dem Bemühen der Vorsitzenden, Pastorsfrau Labitzki ist der Erfolg nicht verjagt geblieben, und so wurde der überaus gelungene Abend auch für die Nichtbesuchenden zu einer Weihnachtsfeier. Ueber 2. Kor. 8 B. 9 sprach Pastor Labitzki Worte zum Weihnachtsfest. Spiele des Evangelischen Jungmädchenvereins und Darbietungen des Frauenchors lösten sich in der Folge ab. Zur Beleuchtung gab es Feuerungsmittel, warme Kleidung und Lebensmittel aller Art. Der an den Darbietungen des Abends Beteiligten wurde noch besonders durch einen Besuch Ruprechts gedankt.

x. Oelhermsdorf, 20. Dezember. Eine außerordentliche Auszeichnung. Die Ehrenurkunde für treue Verbundenheit mit der Heimat, in Anerkennung für über zweihundertjährige Erhaltung der eigenen Scholle erhielt die Familie Ost- und Landwirt Paul Hofenfelder (Gasthof „Zum Prinzen Heinrich“) von der Landwirtschaftskammer Niederschlesien. Die von Rittersgutsbesitzer gestiftete Urkunde zeigt im Hauptbilde einen stehenden Landmann, über den Adler schreitend, während im Hintergrund das schlesische Wahrzeichen, der Robenberg, die schlesische Heimat kennzeichnet. Zu beiden Seiten der Beschriftung zeigen Bildnisse in symbolischer Weise die Entwicklung von Mensch und Pflanze. Das Ehrenblatt will in seiner Grundidee die schöpferische Arbeit des Landmannes in seiner naturverbundenen Tätigkeit auf heimlicher Scholle darstellen und damit eine öffentliche Anerkennung für die Familie bekunden, die Hof und Scholle durch eine lange Reihe der Geschlechter treu bewahrt hat. 1716 nennt erstmals das alte Schöppendub ein Vertreter des Geschlechts der Hofenfelder: Heinrich Hofenfelder, Oberkretschmer und Gerichtshalter. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts zeichnet im Dorfgericht wiederum ein Hofenfelder als Gerichtshof, und heute noch ist dasselbe Grundstück, der Oberkretschmer, Gasthof „Zum Prinzen Heinrich“ nebst angestrichener Landwirtschaft im Besitz der Familie Hofenfelder. Die von der Landwirtschaftskammer durch den Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Kreiskommission Grünberg Herrn Hofenfelder überreichte Ehrenurkunde ist die erste derartige Auszeichnung im Amtsbezirk der Landwirtschaftskammer Niederschlesien.

—e. Pörschen, 20. Dezember. Der Radfahrerverein „Germania“ hatte am Sonntagabend beim Sportsfreund Gohlisch seine Generalversammlung, die gut besucht war. Vom Vorstand wurde der Jahresbericht erstattet. Der Kassierbericht befriedigte, dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Man beschloß, am 5. Februar bei Gohlisch einen Masken- und Puppenball zu veranstalten.

n. Raumburg (Vöber), 20. Dezember. Die Ortsgruppe des Luisebundes hatte kürzlich zu einer gemeinsamen Weihnachtsfeier nach dem Gasthof Rischer eingeladen. Aus einer großen Weihnachtsfeier, künstlerisch nachgebildet einem alten Gemälde, grüßte das Festkindlein die zahlreichen Gäste. Nach gemeinsamem Weihnachtsliede sprach die Vorsitzende, Frau Senzel, Begrüßungsworte, hinweisend auf das Fest der Nächstenliebe, der Pflicht, den Mitmenschen namentlich in dieser schweren Zeit nur Gutes und Vieles zu erwiesen. Auf seiner Schließung fuhr er auch der allbeliebte Knecht Ruprecht eingetroffen und verteilte aus seinem großen Sack zuerst an die eingeladenen alten Mütterchen Weihnachtspakete, dann kleine Aufmerksamkeiten an die Schwestern und die Mitglieder der Ortsgruppe Raumburg des Stahlhelms, der geschlossen teilgenommen hatte, aber auch die Gäste mit ihrer kleinen Kinderschar wurden freundlich bedacht. Eine Verlosung beschloß den offiziellen Teil der schön verlaufenen Feier. Am vergangenen Sonntag wurden weitere Geschenke an bedürftige Kinder in der Stadt verteilt.

m. Niebusch, 20. Dezember. Familienabend. Am Sonntag veranstaltete die hiesige Volksschule im Neumann'schen Gasthaus unter Leitung des Kantors Eichner einen Familienabend. Die Schulkinder brachten Theaterstücke und Gedichte zur Darbietung. — **o. Jagd.** Bei der Treibjagd auf den Gemeindefeldern von Niebusch wurden vom Jagdpächter Walter mit 8 Schützen und 9 Treibern 29 Hasen, 4 Kaninchen und Fasanen erlegt.

Rottwik, 20. Dezember. Der Straßenbau Rottwiker Grenze-Niebusch soll jetzt endlich seiner Verwirklichung entgegengehen. Die Kreisverwaltung hat das Projekt tatkraftig aufgegriffen, so daß es schon im Frühjahr 1933 in Angriff genommen werden soll. Es wird dann auch die geplante Omnibusverbindung aus dem Saganer Kreisteil nach Grünberg in die Tat umgesetzt werden.

m. Seimborn, 20. Dezember. Stahlhelmsangelegenheiten. Im Frühjahr war von der Stahlhelms-Ortsgruppe ein Schießstand gebaut worden, welcher im Laufe des Sommers jedoch baufällig wurde. Nun wird derselbe in bedeutend größerem Umfang hergerichtet. Der Schießstand befindet sich ungefähr 300 Meter vom Ort auf der Gemarkung Krug. Einige Mitglieder wollen die Unkosten durch freiwillige

Spenden decken. — **o. Beim letzten Pflichtabend** der Stahlhelms-Ortsgruppe wurde der am 7. Januar stattfindende Deutsche Abend besprochen.

—o. Brunzelwalde, 20. Dezember. Besitzveränderung. Das Gasthaus der Besitzerin Feister in Berlin (jetziger Inhaber Lamprecht) ist vom Gastwirt Thiel in Kälpenau käuflich erworben worden. Die Übernahme erfolgt am 1. August 1933.

(w) Reichenbach, 20. Dezember. Familienabend. Am vergangenen Sonntag veranstaltete die Evangelische Schule im Hainel'schen Saale hier selbst einen Familienabend. Der 1. Teil brachte „A wing Schläsch“ mit Gedichten und Vorträgen teils ernsten, teils heiteren Inhalts, die mit reichem Beifall aufgenommen wurden. Besonders gefielen auch die mehrstimmig gesungenen schlesischen Heimatlieder. Der 2. Teil des Abends war auf Weihnachten eingestellt und bot außer Weihnachtsliedern allerlei kleine Szenen, unter denen „Die ausgerückten Zinnsoldaten“ sowie der „Schneeflocken-Reigen“ hervorstechen. Den Schluß bildete das Theaterstück „Bei Frau Holle“. Der reiche Beifall und der überfüllte Saal bewiesen das große Interesse der Elternschaft an diesen Veranstaltungen. — **Nach Stare.** Am gestrigen Montag wurde hier noch eine Schar Stare beobachtet, die infolge des kalten Wetters ansehend noch keine Sehnsucht nach dem „sonnigen Süden“ verspürte.

x. Freytag, 20. Dezember. Hilfsmaßnahmen. Auf Anordnung der Handwerkskammer hat der Innungsaußenrat an notleidende Handwerksmeister finanzielle Mittel verteilt. — **Die Gebrauchsgegenstände** haben der städtischen Winterhilfe 500 Gutscheine überwiesen. — **Die Stadt hat an alle Hilfsbedürftigen Brennholz** aus den städtischen Forsten verausgabt. — **Weihnachtsfeier.** Der Frauenverein für Arme und Kranke hielt bei Eder eine Weihnachtsfeier mit Einbeziehung ab. — **Kein öffentlicher Weihnachtsbaum.** Auf Eruchen der Kirchenbehörden hat der Magistrat von der Aufstellung des „Weihnachtsbaumes für Alle“ auf dem Rathausplatz diesmal Abstand genommen. Als Ersatz dient ein Adventstern, der abends beleuchtet ist.

u. Neukübel, 20. Dezember. Die Spar- und Darlehnskasse hielt im Gasthof „Graf Reppeln“ hier selbst eine Versammlung ab. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden friedlich erledigt. Als Rentant wurde der bisherige (Friedrich) wiedergewählt.

u. Bindau, 20. Dezember. Hohes Alter. Seinen 87. Geburtstag kann am 21. d. M. Bahmeister H. Stempel hier selbst begehen. Er ist der älteste Einwohner unseres Dorfes und trotz hohen Alters noch verhältnismäßig rüstig.

Neufalz, 20. Dezember. Auf freien Fuß gesetzt wurde der unter dem Verdacht der Devisenhebelung verhaftete Lehrer i. R. M., da nach seiner Vernehmung durch das hiesige Amtsgericht kein Rückverhaftungsbeehl besteht. Weitere Ermittlungen werden noch vorgenommen. Der Beschuldigte bestreitet die Tat.

f. Deutschwarth, 20. Dezember. Winterhilfe. Eine große Weihnachtsfeier wurde heute vielen unserer milderbemittelten Einwohner dadurch bereitet, daß die durch die Firma Edelweiß-Decker gespendeten 400 Zentner Steinföhlen auf dem Bahnhof zur Verteilung gelangten. Auch die Bargeld-Winterhilfe von 800 RM. wurde verteilt. — **Seitens der Handwerkskammer** wurden 3 Handwerker-Veteranen, 4 Handwerker-Witwen sowie ein bedürftiger Handwerker mit einem ansehnlichen Geldgeschenk bedacht, welches der Obermeister der kombinierten Handwerker-Innung zur Verteilung brachte.

(d.) Friedersdorf, 20. Dezember. Weihnachtsfeier. Nachdem im vorigen Monat die musikalische Arbeitsgemeinschaft unserer Schule unter Leitung des Kantors Porada eine Familienfeier veranstaltete, hatte am letzten Sonntag Lehrer Gekner die Leitung der diesjährigen Weihnachtsfeier unserer Schule übernommen. Nach kurzer Begrüßung folgte ein Dialog von zwei Kindern der Unterklasse vorgelesen, der mit der Abingung des Liedes: „Du fröhliche“ endete. Daran schloß sich ein Spiel der Mittelklasse: „Im Spielzeugladen“. Die Darsteller ernteten reichen Beifall. Eine interessante Abwechslung brachte „Ein erlebtes Weihnachtsmärchen“, von der Unterklasse anerkennend durchgeführt. Den Mittelpunkt des Abends bildete „Adventbrödel's Weihnacht“ in 3 Akten, gespielt von der Oberklasse mit gleichfalls bestem Erfolg. Ein Krippenspiel reichte sich an und der Gesang: „Stille Nacht“ beendete dann die wohlgeungene Feier.

—g. Mittelteufel, 20. Dezember. Weihnachtsfeier. Am Sonntagabend hielt die hiesige Sonntagsschule in Reimanns Saal ihre Weihnachtsfeier ab. Dargeboten wurden Gedichte, Zwiegespräche und einige Lieder. Im Mittelpunkt stand die Ansprache von Pastor Richter. Auch in diesem Jahre konnte wieder jedem Kinde eine kleine Weihnachtsüberreichung bereitet werden. — **An einem der letzten Abende** fand auch der hiesige Jungmädchen-Verein in demselben Lokal eine Weihnachtsfeier abgehalten, die einen schönen Eindruck hinterließ und gleich der vorerwähnten Feier zahlreich besucht war. — **Die Freiwillige Feuerwehr** nahm am Sonntagabend Versuche mit einem ihr für eine Probe zur Verfügung gestellten Sandfeuerlöschvorrichtung vor. Diese Versuche fielen zur allgemeinen Zufriedenheit aus. Besonders wurde die Ausgiebigkeit und die vielseitige Verwendungsmöglichkeit hervorgehoben. — **Hohes Alter.** In bester Gesundheit war es der Witwe Helene Schöpe vergönnt, ihren 85. Geburtstag feiern zu können.

—p. Saabor, 19. Dezember. Weihnachtsfeier. Sonntagabend veranstaltete die SL-Gruppe der RSDAP eine Weihnachtsfeier im Saale des Schützenhauses, der bis zum letzten Platz besetzt war. Nach Vorträgen und einer Ansprache des Sturmführers Vorman wurde das lustige Weihnachtsstück „Die Flohjad“ aufgeführt. Für die reichlich verteilte Kinderwelt war natürlich Knecht Ruprecht's Einbeziehung die Hauptrolle. — **Stahlhelm und Luisebund** hielten zu gleicher Zeit eine Advents- und Weihnachtsfeier bei Pörschen ab. Nach vorgelegenen Gedichten und einem Krippenspiel sprach Kreisgruppenführer Ratscherdirektor Krug-Grünberg. Ein Theaterstück in schlesischer Mundart und eine Verlosung leiteten zu einem gemächlichen Beisammensein über. — **Am Sonntag nachmittag** veranstaltete die Evangelische Frauenhilfe im Saale des Schützenhauses eine Belehrung für alle Mütterchen des Kirchspiels. Nach verschiedenen Advents- und Weihnachtsliedern und einer Ansprache von Pastor Ender wurde das Weihnachtspiel „Das Weihnachtswunder“ aufgeführt. Dann folgte die Gabenverteilung, Wollen und warme Sachen, die zum größten Teile von den Schwestern der Frauenhilfe selbst hergestellt waren, auch Lebensmittel und an festlich geschnitzter Tafel wurden alle Erschienenen mit Kaffee und

Ruchen bewirtet. — **Abends** füllte abermals eine festlich bestimmte Menge den Saal, um der Weihnachtsfeier des Jungmädchenvereins beizuwohnen. Es wurden Gedichte, Dialoge, Gesänge und drei Theaterstücke geboten. Ruprecht erfreute die Gäste noch mit Nusseln und Pfefferkuchen. — **Kriegerverein.** Eine außerordentliche Versammlung am Sonntag bei Pörschen beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Forderung des in Aussicht genommenen Stiftungsfestes. Um die Autorität einmal gefakter Beschlüsse auch für die Zukunft zu wahren, blieb es bei der ersten Entscheidung, wonach das Fest beim Kam. Rüttner abgehalten wird. Vom Kam. Oberlandjäger Conrad wurde angeregt, an die Theatergruppe Trescher (Glogau) heranzutreten, um beim Stiftungsfest etwas wirklich Gutes zu bieten. Der Vorstand wird entsprechende Verhandlungen pflegen. Nach einem Bericht über die Fahnenweihe des Pioniervereins in Grünberg nahm Kreisleiter Kam. Ernst Fechner eine Sammlung zugunsten der Kriegerwaisenhäuser vor.

R. Bonabel-Kern, 20. Dezember. Die Elektrizitätsgemeinschaft hielt beim Gastwirt Schwarz eine Mitgliederversammlung ab, die sehr stürmisch verlief. Es sollte eine Neuordnung in der Verteilung der Grundgebühr auf die einzelnen Mitglieder vorgenommen werden. Darüber entspann sich eine derart lebhaft Debatten, daß sich der Versammlungsleiter gezwungen sah, den Punkt zur Erledigung in einer späteren Versammlung zurückzustellen. Da die Ansprache in persönliche Auseinandersetzungen ausartete, mußte die Versammlung geschlossen werden. In einiger Zeit soll erneut versucht werden, die schwebenden Punkte zu erledigen. Im Interesse einer baldigen Regelung verschiedener Angelegenheiten ist größere Sachlichkeit unbedingt erforderlich.

M. Hähnel, 20. Dezember. Die Elektrizitätsgemeinschaft hielt Sonntagabend bei Krause ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Landwirt Alfred Gölzner, erstattete Rechnungsführer Lehmann den Kassenbericht und gab die Bilanz für 1931/32 bekannt. Da alles in Ordnung war, wurde dem Rentanten Entlastung erteilt. Der 2. Vorsitzende, Otto Großmann, und das Mitglied des Aufsichtsrates, Heinrich Kuschke, wurden einstimmig wiedergewählt. Alsdann berichtete der 1. Vorsitzende über die geschehliche Revision der Kasse. Anschließend wurde zwecks Aufbringung der Grundgebühr ab 1. Juli 1933 eine Verteilung einiger Punkte auf mehrere Genossen vorgenommen. Diese gaben noch nicht ihre Zustimmung zu diesem Beschluß, sondern hielten sich eine Bedenkenzeit von einem Monat aus. Hervorgehoben wurde, daß der Beschluß vom 14. Dezember 1929, betreffend die Beteiligung neuer eintretender Genossen an den Kosten für das Ortsnetz, von dem neuen Beschluß nicht berührt wird, also in vollem Umfang bestehen bleibt. Ferner wurde beschlossen, die Genossenschaft zwecks Erparung von Kosten mit Wirkung vom 1. Juli 1933 ab aufzulösen und in eine Elektrizitätsgemeinschaft umzuwandeln. Bis zum genannten Termin muß das Ortsnetz bezahlt sein. Dieser Verpflichtung hofft man nachkommen zu können. Gleichzeitig wurde auch (im Falle der restlosen Bezahlung der Darlehen) die Bürgschaft der Landgemeinde Bonabel gegenstandslos werden.

B. Klein, 20. Dezember. Ein Weihnachtsfest veranstalteten am 1. Weihnachtsfestabend die hiesigen Marienschwestern in Weimanns Saale. Verbunden damit wird die Einbeziehung des Kindergartens. — **Exerzitation.** Im Caritasheim „St. Josef“ werden Exerzitationen abgehalten vom 30. Januar bis 3. Februar für Frauen, 4 bis 8. Februar für Jungfrauen, 9. bis 13. Februar für Männer und Junglinge. — **Einbruchsdiebstahl.** Die Diebe drangen heute nacht nach Verfolgung einer Fensterhebe in die Wohnung der Hebamme Schwester Nowak ein und entwendeten einen zwischen Wäschebüschen aufbewahrten Geldbetrag. Die Täter dürften mit der Vertilgung vertraut gewesen sein.

—e. Grünwald, 20. Dezember. Weihnachtsfeier der Schulen. Im überfüllten Saale von Gregors Gasthaus fand am Sonntag die Weihnachtsfeier der beiden hiesigen Schulen statt. Lehrer und Schulkinder waren seit langem eifrig dabei, um einen guten Ablauf des reichhaltigen Programms zu ermöglichen und ernteten nun für ihre Darbietungen den verdienten Beifall. Die Feier wurde mit einem Prolog eröffnet, an den sich die Begrüßungsansprache des Lehrers Renner angeschlossen. Zwei- und dreistimmige Chöre, Gedichte und die Theaterstücke „Weihnachten im Walde“, „Rottwäpchen“ und „Der Weihnachtsmann“ sowie ein Sprechchor füllten den 1. Teil des Abends aus. Während der Pause wurde eine Fantasie über „Stille Nacht, heilige Nacht“ für drei Violinen und Klavier vorgelesen. Den 2. Teil des Abends leitete das Lied „Herbei, du fromme Hirtenchor“ mit Engeln und Instrumentalbegleitung ein. Gedichte wechselten mit weiteren Theaterstücken ab. Zum Schluß dankte Lehrer Hentschel den zahlreich Erschienenen und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß dieser Abend dazu beitragen möchte, das gute Einvernehmen zwischen Schule und Elternhaus zu vertiefen. Für die Elternschaft und die Gäste dankte Gemeindevorsteher Fenzler.

(n) Glashütte, 20. Dezember. Weihnachtsfeier. Am Freitag, 23. Dezember, nachmittags findet die Weihnachtsfeier hiesiger Schule bei Klose statt.

Kreis Sprottau.

Sprottau, 20. Dezember. Verschmelzung zweier Landwirtschaftlicher Verbände. Im hiesigen Kreise sind seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, die auf eine Verschmelzung des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes des Kreises Sprottau und des Landbundes Sprottau hingen. Die Vorarbeiten in dieser Richtung werden bereits geleistet. — **Die städtische Brettschneide,** die schon einmal stillgelegt werden sollte, wird im Interesse der Arbeitsbeschaffung auch für die kommende Zeit durch Einschnitt von Rundholz offen gehalten werden.

Kreis Glogau.

Glogau, 20. Dezember. Wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Am 17. September überfuhr der Schlosser Linus Reihdorf aus Hingendorf mit seinem Motorrad auf der Dorfstraße von Zerbau den Krankentrassen-Kontrollleur Bruns aus Zerbau. Der Ueberfahrene wurde tödlich verletzt. Reihdorf selbst erlitt einen Schädelbruch und büßte das linke Auge ein. Er wurde nun vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, soll aber mit Rücksicht auf die eigene schwere körperliche Schädigung nach 2 Monaten Bewährungsfrist erhalten.

Aus anderen Kreisen Schlesiens.

Wienitz, 20. Dezember. Steuerstreitverfahren gegen **Samtens** endgültig eingestellt. Auf Grund seiner 1930 veranlasseten Propagandareise durch Ostpreußen und Schlesien war gegen den bekannten Führer der schlesisch-polenischen Bauern, den Hofbesitzer Wilhelm Samtens, sowohl in Ostpreußen wie auch in Wienitz ein Strafverfahren wegen Aufforderung zum Steuerstreit und anderer Delikte eingeleitet worden, weil er überall die Selbsthilfe der Landwirtschaft und den Widerstand gegen die Zwangsversteigerung landwirtschaftlichen Grund und Bodens gepredigt hatte. Im Gegenfatz zur Staatsanwaltschaft stellten sich aber die Wienitzer Gerichte auf den Standpunkt, daß das dort in Gang gebrachte Verfahren wegen der bereits vorliegenden Rechtsanhangigkeit in Ostpreußen nicht mehr zur Durchführung kommen könne. Dieser Auffassung hat sich nun auch, wie Wolff's Schlesischer Landesdienst aus Leipzig berichtet wird, das Reichsgericht angeschlossen, indem es die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision endgültig verworfen hat. — Das Ostpreussische Strafverfahren hat inzwischen zu einer rechtskräftigen Verurteilung des Angeklagten wegen Aufforderung zum Steuerstreit und öffentlicher Beleidigung geführt.

Hannau, 20. Dezember. **Kranolds Bestätigung.** Von der Kommissariatsregierung war Landrat Kranold in Sprottau in den Ruhestand versetzt worden. Er wurde dann von der Stadt Hannau zum Bürgermeister gewählt. Die staatliche Genehmigung zog sich lange hin, so daß gegen dieses Verfahren bereits Protest erhoben werden mußte. Nunmehr hat aber der Reichskommissar Bracht die Bestätigung Kranolds, der der SPD. angehört, verfügt.

Hirschberg, 20. Dezember. **Erwerbslosentfahrungen.** Für gestern war eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einberufen worden, in der über die Winterhilfe für die Erwerbslosen und anderen Bedürftigen der Stadt beraten werden sollte. Vor dem Rathaus hatte sich eine große Zahl Erwerbsloser eingefunden, die von Zeit zu Zeit in die Rufe: „Gibt uns Arbeit und Brot! Hunger! Hunger!“ usw. ausbrachen. Ein starkes Polizeiaufgebot vor und in dem Rathaus verhinderte ernstliche Zwischenfälle. Die Sitzung selbst verlief ruhig. Die Erwerbslosen hatten Forderungen für die Winterhilfe gestellt, deren Erfüllung 125.000 RM. kosten würde. Der Magistrat lehnte die Forderungen ab und teilte mit, daß er nur die 25.000 RM., die im Haushaltsplan für die Winterhilfe eingelegt seien, verteilen könne. In der Aussprache wurde die große Notlage der Erwerbslosen anerkannt, aber immer wieder betont, daß die Stadt nicht mehr Mittel zur Verfügung habe. Schließlich wurde fast einstimmig ein Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, sofort den großen Wohlfahrtsausschuß einzuberufen, der dann gemeinsam mit den Vertretern der Erwerbslosen und der Gewerkschaften versuchen soll, den Erwerbslosen weitere Hilfe zu gewähren.

Glag, 20. Dezember. **Zum Autounfall bei Altheide.** Die amtlichen Ermittlungen über die Ursachen der Autounfallkatastrophe bei Altheide, bei der in der Nacht zum Montag ein Sportler aus Glag getötet und 5 schwer verletzt wurden, dauern noch an. Fest steht aber schon, daß der Lastkraftwagen im Augenblick des Unfalls mit etwa 80 Kilometer Geschwindigkeit gefahren ist. Zwei der Verletzten befinden sich noch in Lebensgefahr. Drei andere Verletzte, die sich ebenfalls noch im Krankenzustand befinden, sind außer Gefahr.

Wienitz, 20. Dezember. **Treiber auf der Jagd erschossen.** Bei einer Treibjagd in Weigwitz wurde einer der Treiber, der 53-jährige Landarbeiter Pieffe aus Kranau, von einem der Jagdteilnehmer erschossen. Die ganze Jagd traf ihn in den Kopf. Der Schwerverletzte starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Jagd wurde sofort abgebrochen. Nach den polizeilichen Ermittlungen soll den Schützen keine Schuld treffen, da ihm der Treiber im Augenblick des Unfalls vor das Gewehr gelaufen sein soll.

Beuthen O.S., 20. Dezember. **Das Urteil im Hallenschwimmbad-Prozess.** Die Große Strafkammer des Landgerichts fällt heute Abend nach achtstündiger Verhandlung das Urteil im Prozess wegen des Einsturzungsunglücks beim Neubau des Beuthener Hallenschwimmbades am 23. Oktober 1929, bei dem 5 Arbeiter getötet und 18 verletzt worden waren. Der Architekt Besiniski, der im Auftrage der Baufirma Walter, von der die während des Baues eingestürzte Betonbrücke ausgeführt wurde, als Bauführer tätig war, wurde zu 3000 RM. Geldstrafe wegen Vergehens gegen § 330 St. G. B. verurteilt, an deren Stelle im Nichterweisungsfall 30 Tage Haft treten. Der Bauunternehmer Dipl.-Ing. Walter und der Betonpolier Thomalla wurden freigesprochen, ebenso Architekt Gensow und Bauführer Hauptner von der Firma Hirt, die die Mauerarbeiten ausführte, sowie Magistratsbaumeister Wolff und Bauführer Schindelfel vom Städtischen Bauamt Beuthen.

Aus der Provinz Brandenburg.

Grossen, 20. Dezember. **Austritt aus dem Frachtaussschuß.** Der als Vertreter der Kleinschiffahrt in den Breslauer Frachtaussschuß berufene Grossener Schiffs-eigener Ruz hat sein Amt zur Verfügung gestellt, weil es nicht möglich sei, im Frachtaussschuß die Belange der Kleinschiffahrt gegen die Mehrheit anderer Interessenten zur Geltung zu bringen. Auch die beiden anderen Vertreter der Kleinschiffahrt haben die Absicht, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. — **Autounfall.** Auf der Straße Grossen-Frankfurt (Oder) an der Abzweigung nach Steinbock verunglückte infolge der Glätte der Straße ein mit drei Personen besetzter Kraftwagen. Der Wagenführer erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach seiner Entlassung ins Krankenhaus starb. — **Fahrdisziplinkontrolle im Kreis Grossen.** Landrat von Abel hat verfügt, daß in nächster Zeit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Straßen des Kreises Grossen die Fahrdisziplin einer besonderen Beobachtung unterzogen werden soll.

Deutschneudorf, 19. Dezember. **Der neue Pfarrer.** Zum Pfarrer dieser Gemeinde wurde Pfarrer Paul Gerhardt Wolff aus Cossenblatt (Kr. Beeskow) gewählt. Man hofft hier, daß der neue Geistliche recht bald seinen Dienst antritt, da seit dem 1. April die diesjährige Pfarrstelle vakant ist. — **Frauenhilfe.** In der Monatsversammlung wurde nach einer kleinen Adventsandacht durch Pfarrer Heilbrunn aus Großblumberg ein Ausschuss zur Durchführung der Winterhilfe gewählt und die organisatorische Vorbereitung der Winterrückführung der Winterhilfsammlung soll für die nächsten des Dries und für die Stephanusgemeinde in Berlin verwandt werden. Weiter will man dem Gemeindevorsteher vorschlagen, auch von der Gemeinde aus einen Ausschuss für die Winterhilfe aufzustellen.

Großblumberg, 20. Dezember. **Sammlung Winterhilfe.** Bisher konnte eine Liebesgabenliste im Gewichte von 272 Pfund an die Stephanusgemeinde nach Berlin abgeführt werden. An die Armen des Dorfes wurden Kleider, Wäsche und Kinderzeug verteilt. Lebensmittel und Geld können bei

Volkswirtschaft

Nieder-schlesische Tierzucht e. G. m. b. H., Ologau.

Vollkorniges Eier: 1.80 RM. pro Kilogramm = 9.6 Rpf. pro Ei. Maisbezugsscheine: 8.00 RM. pro 100 Kilogramm = 1.6 Rpf. pro Ei, Stückpreis 11.2 Rpf. Enteneier: 9 1/2 Rpf. pro Ei.

Wienitzer Gemüse-Großmarkt.

Wienitz, 20. Dezember. Die Anfuhr in Rot- und Wirsingbohnen genügt der Nachfrage. Weißkraut wird weit über Bedarf angeboten. Karotten und Möhren konnten eine kleine Preisbesserung erzielen. Für Rosenkohl in guter Qualität besteht Nachfrage, wogegen Grünkohl wenig Interesse findet. In Zwiebeln, Sellerie und Kartoffeln ist das Geschäft ruhig.

Berliner Produktenbörse vom 20. Dezember. Weizen, ruhig, märk., 76 Kilogramm Durchschnittsqualität, ab Station 185.00—187.00; Roggen, milder, märk., 71—72 Kilogramm Durchschnittsqualität, ab Station 152.00—154.00; Gerste, ruhig, ab märklichen Stationen, seine Sorten über Notia, Braugerste 168.00—175.00, Futter- und Industrie-gerste 158.00—165.00; Hafer, schwächer, märk., Durchschnittsqualität ab Station 118.00—119.00; Weizenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sack 28.25—28.25, feinste Marken über Notia; Roggenmehl, 100 Kilogramm, frei Berlin, brutto inkl. Sack, 0/1 (zirka 70 Prozent) 19.00—21.40, feinere Marken über Notia; Weizenkleie, frei Berlin 8.90—9.25; Roggenkleie, frei Berlin 8.70—9.00; Vitoriaerbsen 21.00—26.00, feinste Sorten über Notia; kleine Speiserbsen 20.00—22.00; Futtererbsen 18.00—15.00; Pelusiden 18.00—14.50; Ackerbohnen 13.50—15.50; Wicken 14.00—16.00; blaue Lupinen 8.00—10.25, gelbe 11.75—13.00; neue Serradella 18.00—24.00; Leinfaden, Basis 37 Prozent, ab Hamburg 10.00; Erdnussmehl, Basis 50 Prozent, ab Hamburg 10.40; Erdnusskuchenzmehl, Basis 50 Prozent, ab Hamburg 10.60; Trockenkorn, Parität Berlin 8.80; extrah. Sojabohnen-schrot, 46 Prozent, ab Hamburg 9.70, ab Stettin 10.40; Kartoffelflocken, Parität wasser. Stolz als Verladestation 13.60—13.80.

Amthliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 20. Dezember 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Delfaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide		20. 12.	19. 12.
		100 kg	100 kg
Weizen (schlef.), neu, Delfalitergewicht von 76 kg			
gut, gesund und trocken		—	—
do. 74 kg, gut, gesund und trocken		18.40	18.40
do. 72 kg, gesund und trocken		18.00	18.00
do. 70 kg, gesund und trocken		17.60	17.60
do. 68 kg, trock. für Mähererzwecke verwendb.		17.00	17.00
Roggen (schlef.), neu, Delfalitergewicht von 71 kg			
gesund und trocken		15.00	15.00
do. 69 kg, gesund und trocken		14.60	14.60
Hafer, mittlerer Art und Güte		11.00	11.00
Braugerste, feinste		18.50	18.50
gute		17.50	17.50
Sommergerste, mittlerer Art und Güte		16.00	16.80
Industrieernte, 65 kg		16.80	16.80
Winterernte, 61-62 kg		15.50	15.50

Die Preise verstehen sich per 1000 Kilogramm waggonfrei Breslau in vollen 15-Tonnen-Ladungen. Tendenz: Schwach.

Amthliche Notierung für Mühlenenergie (je 100 Kilogr.)

	20. 12.	19. 12.
Weizenmehl (Type 70%)	26.00	26.00
Roggenmehl (Type 70%)	21.00	21.25
Auszugmehl	32.00	32.00

*) 65prozentiges 1.—RM., 60prozentiges 2.—RM. teurer. Tendenz: Ruhig.

Hülsenfrüchte (je 100 Kilogramm)

mittlerer Art und Güte der letzten Ernte:		20. 12.	30. 12.
Viktoria-Erbisen	20.00—24.00		
Kleine gelbe Erbsen	—		
Waltersbach-Erbis	13—14		
Grüne Erbsen	32—35		
weiße Bohnen	17—18		
Pferdeböhnchen	12—13		
Wicken	13—15		
Pelusiden	13—14		
Lupinen gelb	13—15		
do. blau	11—12		

Tendenz: Wenig Geschäft.

Frau Katschke und Frau Damschke, Kleider bei Frau Heilbrunn abgeliefert werden.

Wienitz, 20. Dezember. **Der Rinderkultusdienst veran-**staltete unter Aufsicht von Pastor Paul die wohl-gelungene Weihnachtsschau. Ein Prolog und die Begrüßungsansprache des Pfarrers leiteten die Feier ein. Gedichte, Gesänge und Reigen folgten. Die „Vettelhochzeit“ und das Märchenspiel „Bella und der Bär“ gefielen sehr und beschloßen den schönen Abend.

r. Trebschen, 20. Dezember. **Gemeindeabend der evange-**lischen Kirchengemeinde. Im Rippmannschen Saale fand am Sonntag ein von Pastor Richter veranstalteter evangelischer Gemeindeabend statt, der von der Gemeinde gut besucht war. Nach gemeinsamem Gesänge sprach Elise Lange einen Prolog, worauf der Kirchenchor mehrstimmig das Lied: „Nach hoch die Tür“ vortrug. Dem folgten einige Worte von Pastor Richter und anschließend die Aufführung der Legende vom Christophorus v. D. Bruder durch die Jugend. Auch die Schulan-jugend zeigte ihre Kunst auf der Bühne und brachte einige Weihnachtsspiele. Der Kirchen- und der Posaunenchor ver-schönten den Abend durch wechselnde Gesänge und Musik-vorträge. Acht junge Mädchen tanzten einen gut eingeübten Schneeflockentanz. Zum Schluß fand noch eine Verlosung statt, wodurch diesem und jenem durch einen Gewinn noch eine Freude auf den Weg mitgegeben wurde.

Bülschan, 20. Dezember. **Der Aufsatz für den Bahn-**bau Schwerin (Warthe)-Arenz wurde von der Reichsbahn-direktion Ostern Frankfurt (Oder) folgenden Baufirmen er-teilt: Vos 2: Altmann-Frankfurt (Oder), Vos 3: F. Gensh-Züllichau, Vos 4: Polensky-Zöllner, Driesen.

Schwiebus, 20. Dezember. **Umwandlung des Realgym-**nasiums beabsichtigt. Die schon seit längerer Zeit für not-

Naufutter (je 50 Kilogramm):

	20. 12.	16. 12.		20. 12.	16. 12.
R.-u.-M.-Drhtpfeiler	0.80	0.80	geb. Grst.-u.-Haf.-St.	0.60	0.60
R.-u.-M.-Hdfpfeiler	0.70	0.70	Rogg.-Str., Breitbr	1.20	1.20
G.-u.-H.-Drhtpfeiler	0.65	0.65	Heu, gesund, trocken	1.50	1.50
G.-u.-H.-Hdfpfeiler	0.70	0.70	gut, gesund, trocken	1.70	1.70

Tendenz: Still.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futter-mittel verstehen sich für 100 Kilogramm Parität Waggon frei Breslau für ganze Waggonladungen.

	20. 12.		20. 12.
Weizenkleie	8.90—9.40	Baumwollsaat-	
Roggenkleie	8.10—8.60	mehl 50%	10.60—11.10
Gerstentkleie	—	Reis-Mehl 24%	8.10—8.60
Leinfaden	10.80—11.80	Biertreber	8.30—8.80
Rapsfaden	8.25—8.75	Malzkeime	7.80—8.30
Palmenfaden	9.75—10.25	Trockenschrot	8.10—8.60
Palmenfaden	9.40—9.90	Kartoffelflocken	14.25—14.75
Sesamfaden	—	Weizfl.-Mehl 40/60	—
Di.-Kosofaden	—	Biertr.-Mehl 40/60	—
Erdnussfaden 50%	11.60—12.10	Palmenfaden 30/70	—
Sonn.-Blumf. 46%	8.30—8.80	do. Torf	—
Soyaschrotca. 44%	11.00—11.50	Futter-Mais*	—

Tendenz: Ruhig.

Amthlicher Bericht des Berliner Schlachtviehmarktes

vom 20. Dezember 1932.

Auftrieb: 1429 Rinder, darunter 272 Ochsen, 491 Bullen, 668 Kühe und Färsen, 27 Kühe und Färsen zum Schlachthof direkt, 0 Auslandsrinder, 3512 Kälber, 0 Kälber zum Schlachthof direkt, 0 Auslandsälber, 2462 Schafe, 58 Schafe zum Schlachthof direkt, 0 Auslandschafe, 12414 Schweine, 3142 Schweine zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt, 145 Auslandschweine.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark:

	20. Dezbr.	16. Dezbr.
Ochsen vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes a) jüngere	31—32	31—32
b) ältere	—	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	29—30	29—30
b) ältere	—	—
fleischige	24—27	24—27
gering genährte	20—23	20—23
Bullen: jüngere vollf. höchsten Schlachtw.	26—28	27
sonstige vollfleischige gut ausgemästete	25—26	25—26
fleischige	22—24	22—24
gering genährte	20—22	19—21
Kühe: jüngere vollf. höchsten Schlachtwertes	21—24	23—25
sonstige vollfleischige ober ausgemästete	18—20	18—21
fleischige	15—17	15—17
gering genährte	10—14	10—14
Färsen: vollf., ausgem. höchsten Schlachtw.	30	30—31
vollfleischige	23—27	24—28
fleischige	18—22	20—23
Freier: mäßig genährtes Jungvieh	16—22	17—23
Kälber: Doppellender, bester Mast	—	—
beste Mast- und Saugkälber	40—46	38—43
mittlere Mast- und Saugkälber	28—38	27—35
geringe Kälber	18—25	17—25
Schafe: Mastlamm u. jung. Mastlamm	—	—
a) Weidemast	—	—
b) Stallmast	30—31	29
mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm a) b)	27—28	26—28
gut genährte Schafe	18—20	18—20
fleischiges Schafvieh	24—25	23—26
gering genährtes Schafvieh	17—22	15—22
Schweine: Fetttschweine üb. 300 Pfd. Lebdeg.	—	—
vollf. v. ca. 240—300 Pfd. Lebdeg.	41—42	38—39
vollf. v. ca. 200—240 Pfd. Lebdeg.	40—42	37—38
vollf. v. ca. 160—200 Pfd. Lebdeg.	39—41	34—37
fleischige von ca. 120—160 Pfd. Lebdeg.	35—38	32—34
fleischige Schweine unt. 120 Pfd. Lebdeg.	—	—
Sauen	35—36	34

Markterlauf: Bei Rindern mittelmäßig, bei Kälbern und Schafen ziemlich glatt, gute Kälber knapp, Schweine glatt.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesent-lich über die Stallpreise erheben.

wendig gehaltene Umwandlung des Realgymnasiums in ein Reformrealgymnasium ist zu Ostern beabsichtigt.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen

n. Schwenten, 20. Dezember. **Weihnachtsfeier.** Die Hochschule veranstaltete im Schulischen Saale eine Weih-nachtsfeier mit Vorführung eines Weihnachtsspiels. — Eine Weihnachtsfeier für die Bedürftigen der Parochie fand im Pfarrhause mit anschließender Bescherung statt.

Eine der ältesten deutschen Frauen gestorben.

Ab Lu, 20. Dezember. Im Alter von 105 Jahren ist hier die Witwe Maria Sophie Gäß gestorben. Sie war eine der ältesten Frauen Deutschlands.

Wasserstand der Oder.

Datum	Stettin	Regen	Wienitz	Breslau	Oppenheim	Stein	Wienitz	Stettin
8 Uhr vormittag								
in Metern								
19. 12.	0.85	2.00	-0.78	1.58	1.70	-0.72	0.76	0.73
20. 12.	0.88	2.61	-0.78	1.58	1.70	-0.72	0.85	0.72
21. 12.	0.79	2.04	-0.78	1.68	1.60	-0.72	0.72	0.58

billigst angeboten. — Ein besonderer Fischverkauf wird bekanntlich außer am Hl. Abend noch am Freitag auf dem Markt abgehalten. Auch die Seefischhändler werden zur Stelle sein. Die Seefischpreise hatten gegen die Vorwoche keine Veränderung erfahren.

Auf dem Fleischmarkt konnte man prächtige Festbraten erhalten. Im Hinblick auf das Fest war hier etwas mehr als bisher zu tun.

Auf dem Gemüsemarkt war das Geschäft lebhaft. Hier waren es vor allen Rot- und Grünkohl, die in größeren Posten untergebracht werden konnten. Spinat war begehrt. Auch nach Wurzelgemüse wurde oftmals gefragt. — Äpfel, Rüben, Süßkohl, Mohrrüben standen mit im Vordergrund des Interesses.

Der Bedarf an Butter und Eiern konnte ausreichend gedeckt werden. Die Preise hatten keine wesentliche Veränderung erfahren. — Sonja wurde mit 1,10 M. je Pfund (ohne Glas) verkauft. Leinöl wurde gut abgesetzt, ebenso Weizenquart.

Die Zufuhren an Weihnachtsbäumen waren noch recht groß. Da es auf's „Ende“ zugeht, war der Handel recht lebhaft. — Seit Beginn des Frostwetters ist eine Verminderung der Kartoffelzufuhren zu verzeichnen. Da der augenblickliche Bedarf der Verbraucher gering ist, genügt aber das Angebot. Gegen 10 Uhr wurde von 2 Fuhren Kartoffeln verkauft. Stroh und Heu waren zusammen 13 Wagen angefahren.

Familien-Nachrichten.

Bermählt: Reinhold Schulz und Hedwig Frei, Herwigsdorf. — August Finger und Anna Maluche, Herwigsdorf. — Karl Otto und Emma Janthur, Altfeld. — Karl Möbus und Nina Dolling, Räditz.

Gestorben: Frau Auguste Handke, geb. Wachtel, 56 Jahre, Aufh. — Otto Draheim, 17 Jahre, Herwigsdorf. — Frau Emma Brendel, geb. Groß, 56 Jahre, Sprottau. — Bahnwärter i. R. Ernst Lange, 81 Jahre, Sprottau. — Antischer Wilhelm Werner, 77 Jahre, Niederullersdorf. — Wilhelm Döbrindt, 92 Jahre, Großdorf.

Briefkasten der Redaktion.

S. St. Die italienische Nationalspeise Polenta ist ein dick gefochter Brei von Maismehl. In Ungarn und Siebenbürgen heißt er Mamaliga. Aufkorn ist Mais. Mais gedeiht in ganz Italien.

Auf der Suche nach dem schönsten Weihnachtsbaum



Die erste Liebe großer Männer.

Die Jugendliebe des Sonnenkönigs.

Von Alfred.

In der Berliner Galerie hängt ein Bild, das jeden fesselt, der auch nur einmal daran vorbeigeht.

Es ist das berühmte Bild der Maria Mancini, der späteren Gemahlin des Fürsten Colonne, das von Pierre Mignard gemalt, zu dem Besten gehört, was die Berliner Galerie besitzt.

Schwer nur löst sich der Beschauer von dem herrlichen Frauenkopf mit den fragend anblickenden Augen und den schwarzen Haaren, die in krauser Dichtigkeit den Kopf umlocken. Alles, auch die Feinheit des Intarsats, ist überstrahlt von dem Duft der Farbengebung, die der große Mignard über dieses Bild ausgebreitet hat.

Die hier Dargestellte war die Jugendliebe des Königs Ludwigs XIV. von Frankreich, der als Sonnenkönig durch die Geschichte Frankreichs und Europas geht, und nach dessen langer Regierungszeit man ein ganzes Zeitalter genannt hat. Mignard hat Maria Mancini im Jahre 1655 gemalt.

Die Stürme des Lebens waren noch nicht über die glückliche Zeit ihrer Jugend gegangen, über jene Zeit, die sie in ihrer ersten Liebe träumen durfte, dermaligste Königin von Frankreich zu werden.

Ihr Oheim, der allmächtige Gebieter Frankreichs, während der Zeit der Minderjährigkeit Ludwigs XIV. (Ludwig wurde schon mit vier Jahren König), war jener Kardinal Mazarin, den Richelieu als jungen Kapitän an den französischen Hof gebracht hatte, und der so schnell alle Stufen der Macht hinaufsprang, daß er bald Kardinal und nach des großen Richelieus Tode der politische Leiter Frankreichs wurde.

Maria Mancini war eine der sieben Nichten dieses ungekrönten Herrschers Frankreichs, und an seiner Begegnung zerbrach sich die Jugendliebe Marias und Ludwigs, zerran der Traum einer Eizit zwischen diesen beiden jungen Menschenkindern.

Der Mancinis Herkunft kennen wir ebensowenig, wie die des Kardinals Mazarin. Ihrer aller Vergangenheit bleibt dunkel. Daß sie Italiener sind, sagt schon der Name.

Franz Blei hat auf Grund seiner Quellenstudien ausgesprochen, daß der Kardinal Mazarin einst ein Abenteuer gewesen sei, der in Italien mit gezinkten Karten und gefährlichen Würfeln gespielt habe. Und nicht viel besser sei die Familie Mancinis gewesen.

Der Vater der sieben Töchter fristete dürftig sein Leben, zuerst als obskurer Wahrsager, dann als letzter Diener an einem kleinen Adelshof auf Sizilien.

Aus Armut und Not, aus der er ja selbst stammte, brachte der mächtige und reich gewordene Mazarin (als er starb, hinterließ er an hundert Millionen) seine Nichten nach Frankreich an einen Hof voll Glanz und Luxus, und das Leben hat es gut nicht nur mit ihm, sondern auch mit den Schwestern Mancini gemeint.

In den höchsten Adel hinein versippten sich die Mancinis. Vier der Schwestern wurden Herzoginnen, eine wurde die Prinzessin Conti, eine andere die Fürstin Colonna. Da sie die Nichten des allmächtigen Kardinals waren, fragte niemand mehr nach ihrer obskuren Herkunft.

Allen Mancinis schreiben die Chroniken jener Tage viel Ehre zu, viel Klugheit, einen großen Teil Herzlosigkeit und Grausamkeit, aber doch auch eine imponierende Art des Herrschens, die man gerade den Töchtern eines armen Wahrsagers nie zutrauen hätte.

Saint Simons nennt Maria die beste der Mancinis, aber sie sei von ungezügelterm Temperament und extravaganterm Geist gewesen.

Auch ihren Geburtstag und ihr Geburtsjahr nennt uns Saint Simons, es war der 28. August 1638. In ihrer ersten Jugend galt sie nicht als schön, aber das Exotische in ihrer äußeren Erscheinung gab ihr schon mit 12 Jahren Fesselndes und Anziehendes.

Sie lernte den jungen König Ludwig kennen, als dieser von ihrem Onkel nach Lyon gebracht wurde, wo der spanische

Gesandte ein Zusammentreffen mit der Prinzessin von Savoyen zustande bringen sollte, die dem jungen König als spätere Gattin von Mazarin vorausbestimmt war.

Auch Maria Mancini wurde auf ihre Bitten von dem Oheim nach Lyon mitgenommen. Schon auf der Reise spannen sich die Herzensfäden zwischen Maria und Ludwig an, die später die Staatsraffion lösen sollte.

Ludwig war ganz von Marias erst jetzt erblühender fremdländischer Schönheit und ihrem sonnigen Temperament gefesselt. Sie ritten Seite an Seite und waren bald nicht mehr voneinander zu trennen.

Saint Simons schreibt: Ludwig habe bis dahin immer gezittert, wenn er einem hübschen Mädchen die Hand gegeben habe. Der König hat, wenn wir den Aufzeichnungen glauben schenken dürfen, selbst gesagt, er sei bis dahin ein völliger Ignorant gewesen, denn der Kardinal hätte ihn nichts lernen lassen, ihm vielmehr alle Freiheiten der Jugend vorenthalten.

So sehr zitterte nämlich Mazarin um die Sicherheit seiner Herrscherposition, daß er hoffte, den unwissenden König lange in seiner Hand und in seinem Willen zu behalten.

Deshalb fand er auch nichts in der Schwärmerei des Königs für seine Nichte Maria, nichts in ihrem täglichen und fast stündlichen Beisammensein.

Wie ein Schatten folgte in diesen lyoner Tagen Ludwig der Maria und er hatte nur Augen und Ohren für sie, die er bewunderte, die er liebte, der er vertraute.

Er vertraute ihr so sehr, daß er kleine Wünsche, die er an den allmächtigen Kardinal hatte, nur durch Maria übermitteln ließ. Und von dem immer geistreichen Kardinal gelang es Marias Charme und Ueberredungskunst, Freiheiten für den jungen König zu erwirken, die Ludwig vordem nie gehabt hatte.

Ludwig hatte bisher keine Schwärmerei kennengelernt und Maria war die Erste, die sein jugendliches Herz in Blut setzte.

Es paßt so wenig zu dem Bild des späteren souveränen Sonnenkönigs, was Madame de La Fayette von jenen Tagen in Lyon schreibt: Der junge König habe täglich frühmorgens die kostbarsten Blumen der Treibhäuser persönlich vom Gärtner geholt, aber sie galten nicht der spanischen Braut, derentwegen Ludwig doch nach Lyon geschickt war, sondern der — Maria Mancini.

Sicher haben Ludwig und Maria damals geglaubt, daß sie für einander bestimmt wären und miteinander zusammenbleiben würden.

Die sehr mittellose Madame de La Fayette erzählt, daß Ludwig unter dem Zauber von Marias Wesen sich so abwehrend gegen die ihm zugegebene spanische Braut benommen habe (deren Häßlichkeit uns im übrigen alle Bilder beweisen), daß diese drohte abzureisen. Da ging Maria, der Liebe Ludwigs sicher, zum Gegenstoß vor. Sie bestimmte Ludwig, sich mit ihr Arm in Arm vor der Hofgesellschaft zu zeigen — und am anderen Morgen war die Spanierin abgereist.

Maria erlebte von diesem Tage an wohl die glücklichste Zeit ihres Lebens. Von ihrer kommenden Hochzeit mit dem König sprach schon der ganze Hof.

Ludwig hatte auf der Rückreise nach Paris und in Paris selbst nur noch Interesse für Maria. Seine Liebe wurde Leidenschaft.

Bald trat ein Ereignis ein, das Ludwig noch mehr an Maria fetten sollte.

Er erkrankte in Paris plötzlich an einem schweren Nervenfieber, und als nun noch Anzeichen einer Blatternerkrankung dazutraten, glaubten die Ärzte an seine Rettung mehr.

Kingsum begann sich alles schon auf den nächsten Thronanwärter, den jüngeren Philipp von Anjou, einzustellen. Der Kardinal überhäufte ihn bereits mit allen Ehren eines zukünftigen Königs und der auf den Tod daniederliegenden

fiel ihm prompt um den Hals, als er an ihr vorbeiging. Er stieß sie ziemlich unsanft zurück und knurrte: „Daß das!“

Sie überlegte kurz, ob sie beleidigt sein sollte; dann entschloß sie sich zu einem ungefährlichen Nicken, setzte sich neben Cipp und versicherte ihm zärtlich, er sei hier der einzige Gentleman, und nur er allein wisse, wie man sich einer Dame gegenüber zu benehmen habe. Cipp machte jedoch nicht den geringsten Versuch sich dieses Kompliments zu bedienen.

Schiemann setzte sich in eine Ecke, stützte den Kopf in die Hände und rührte sich nicht. Von Zeit zu Zeit murmelten seine Lippen unhörbare Worte. Jatzewski sah miträusch witternd zu ihm hinüber. Er kannte derartige Stimmungen bei dem Vespier. Deshalb erhob er sich nach kurzer Zeit, ging zu ihm hinüber und schlug ihm freundschaftlich auf die Schulter.

„Was ist —?“

Schiemann knurrte etwas Böses.

„Na, na!“ sagte der Pole und setzte sich neben ihn.

„den ganzen Dreck hinschmeißen!“ sagte Schiemann. „Alles keinen Zweck — ein Hund wird man dabei — ein räudiger Hund — man darf gar nicht daran denken.“

„Dreh mal das Grammophon auf!“ schrie Jatzewski ein Mädchen an. „Tut auch was!“ Er stieß den Vespier lebhaft in die Seite. „Paß mal auf! Katja — tanzen!“

Schiemann hob langsam den Kopf. Die Falten in seinem Gesicht waren noch tiefer als sonst.

„Ja, ja“, sagte er, „ich weiß schon. Ihr braucht euch gar nicht mehr so anzustrengen. Ich komm ja doch nicht mehr raus aus diesem Handel.“

Er erhob sich schwerfällig, dann neigte er sich langsam zu dem Polen:

„Wißt ihr, was ihr mir alle könnt? — Ja. — Gebt mir mal einer was zu trinken! Ist ja schon alles egal! Ihr braucht keine Angst zu haben. Ich gehör' jetzt eben zu euch. Ja, ja, schon gut. . . Profit!“

Kenat hörte in dieser Nacht noch lange den Lärm von unten. Aber er störte sie nicht einmal. An Schlaf war heute doch nicht zu denken. Man mußte sehr vieles überlegen. Fest stand nur, daß jetzt der Krieg angefangen hatte, dem sie bisher aus dem Wege gegangen war. Und sie war fast froh darüber. —

(Fortsetzung folgt)

Die Saat geht auf

Roman von Curt J. Brown

28] (Nachdruck verboten.)

Cipp blieb kalt, als wäre nichts geschehen. Er betrachtete nur eingehend und fast erstaunt seine Hand, die man mißachtet hatte, schob sie dann mit einem Ruck in die Tasche und ging wortlos zurück in das Zimmer zu den anderen.

„Nicht gut, wenn schöne Frau so stolz!“ beharrte Jatzewski mit der Eindringlichkeit eines Betrunknen. „Gehört sich nicht gegenüber Edelmann, Herr Schiemann! Gehört sich nicht!“

Der Gutbesitzer war hochrot geworden. Die ganze Freundlichkeit war aus seinem Gesicht fortgewischt.

„Bestie!“ knurrte er, während er die Treppe hinaufstieg. Kenate stand noch bewegungslos in ihrem Zimmer, als er eintrat. Er warf die Tür bröhnend ins Schloß, blieb atemlos stehen und schrie sie an: „Bist du verrückt geworden, daß du meine Gäste so behandelst?“

Kenat sah ihn kühl an, dann wandte sie sich mit einem Achselzucken ab: „Du weißt, daß mich deine Gäste nichts angehen!“

„So! — Ich wünsche aber, daß sie dich etwas angehen! Was fällt dir eigentlich ein? Willst du mich vor den Leuten blamieren?“

Sie wandte sich gelangweilt ab. „Bitte, laß mich jetzt allein. Ich bin müde.“

Ihre Ruhe reizte ihn noch mehr. Er griff nach ihrem Handgelenk und riß sie dicht zu sich heran. „Du wirfst dich bei Cipp entschuldigend, verstanden? Ich werde dir deine Mädchen schon austreiben!“

Sie wehrte sich nicht einmal; nur ihre Augen schlossen sich zu dünnen Linien, als sie erwiderte: „Du bist betrunken, Georg! Laß mich allein!“

Er schrie: „Ich habe keine Lust, mich deinetwegen auslachen zu lassen! Du wirfst dich bei Cipp entschuldigend! Ich bin hier der Herr im Hause! Du hast dich danach zu richten!“

„Wenn du das glaubst“, sagte sie sehr leise und klar, „gehe ich noch heute nacht von hier weg! — Und das kann für dich nur unangenehm werden!“

Er ließ sie betreffen los. „Bist du?“

Jetzt war sie selbst erregt. Eine Blutwelle stieg in ihr Gesicht. Sie rief: „Glaubst du, ich weiß nicht, was draußen aus dem Wagen ausgeladen wird? Glaubst du, ich weiß nicht, wer dein Freund Jatzewski ist und warum du dich jetzt dauernd mit diesem Cipp abgibst? Glaubst du nicht, daß sich dafür viele Leute interessieren würden?“

Schiemann stand starr. Die Röte seines Gesichts wich einer fahlen, krankhaften Blässe. Seine Lippen suchten fieberhaft nach Worten, endlich fragte er fast naiv: „Was weißt du?“

„Ich weiß, daß du ein Verbrecher geworden bist, und daß ich mich schäme, deine Schwester zu sein! Ich weiß, daß du ein Judas bist, der sich verkauft hat! Und daß ich jede Nacht Gott auf den Knien dafür danken müßte, daß dein Vater und deine Mutter das nicht mehr erlebt haben! Einmal muß man dir das ja sagen! Und jetzt laßst du zu deinen Leuten zurückgehen und ihnen bestellen, warum mich deine Gäste nichts angehen!“

Der Mann rührte sich noch immer nicht. Nur um seine Mundwinkel zitterte etwas, was Entsetzen und Wut zugleich war.

„Ich — ein Judas —?“ sagte er heiser, röchelnd. „Ich — ein — und — und du würdest — gegen mich — gegen deinen eigenen Bruder — mit den anderen — vorgehen —?“ Er brüllte plötzlich auf: „Du! Du spionierst hier wohl, was?“ Für einen Augenblick sah es aus, als wolle er sich auf sie stürzen.

Kenat schüttelte den Kopf. Sie holte tief Atem.

„Nein, Georg, ich spioniere nicht. Aber wir beide haben nichts mehr miteinander zu tun. Ich wünsche, daß du dich nicht mehr um mich kümmerst. Sonst —“

„Sonst —?“

„Wir wollen nicht darüber sprechen.“ Sie sagte es ganz ruhig. „Du mußt dir darüber klar sein, daß ich gegen dich nicht wehrlos bin. Ich habe immer gehofft, daß du noch einmal zur Vernunft kommst. Nur deshalb bin ich hiergeblieben. Jetzt — glaube ich es nicht mehr. Und deshalb werden wir uns über kurz oder lang trennen. Bis dahin laß mich, bitte, in Ruhe!“

Schiemanns Blicke gingen hilflos durch den ganzen Raum. Es schien, als wolle er noch etwas sagen; er blickte auch eine ganze Weile auf den Fußboden, dann drehte er sich plötzlich um und ging hinaus.

Lärm und Rauch schlugen ihm entgegen, als er unten eintrat. Die Gräfin und Sängerin Katja vollführte eben einen Solotanz, der mehr Eifer als Grazie bewies, und



§ Der elektrische Stuhl des Hundes. Der Allgemeine Tierdodgeverein in Berlin bringt jetzt erstmalig ein neues elektrisches Tötungsverfahren für Kleintiere zur Anwendung, das schneller und schmerzloser wirkt als die übrigen Verfahren. Die Tiere kommen in einen der Größe entsprechenden Kästen, der an eine elektrische Leitung angeschlossen ist. Die Einschaltung des Stromes beendet das Leben des Tieres augenblicklich.

Siedlungsausschuß des Reichstags.

Der Siedlungsausschuß des Reichstages befaßt sich mit sozialdemokratischen Anträgen, von denen der eine für die nächsten zwei Jahre eine weitere Senkung der Renten der mit Reichsmitteln angelegten Siedler von 5 auf 3 Prozent verlangt, der andere die Reichsregierung ersucht, die Rückzahlung der Darlehensraten aus der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zur Errichtung von Land- und Forstarbeiterheimen auf 50 Jahre zu verteilen.

Landeskulturstadtspräsident Boddin vom Reichsministerium erklärte, die in dem sozialdemokratischen Antrag geforderte weitere Senkung der Renten der Siedler sei auch in Kreisen der Reichsregierung erwogen worden, doch habe der Reichsfinanzminister eine solche Senkung angesichts der allgemeinen Finanzlage des Reiches für nicht durchführbar gehalten. Trotzdem plane die Reichsregierung weitere Hilfsmassnahmen, die sich vielleicht auf die vorhandenen Rückstände beziehen werden. Der augenblickliche Landvorrat der Siedlungssträger sei verhältnismäßig gering. Voraussichtlich würde aber eine größere Landmenge nicht entschuldungsfähigen Besitzes im Laufe des Winters für Siedlungszwecke frei. Diese Landmenge belaufe sich auf etwa 200 000 Hektar. Immerhin sei aber zu berücksichtigen, daß ein Teil davon für Siedlungszwecke nicht geeignet sein werde. In den nächsten Haushaltsplan, also für 1933, würden wieder 50 Millionen RM. für Siedlungszwecke eingestellt.

Regierungsrat Dr. Sager (Reichsministerium) erklärte, man könne mit dem augenblicklich noch vorhandenen Land etwa 3500 Stellen schaffen; die Hälfte davon sollte noch in diesem Jahr geschaffen werden, der Rest

im nächsten Jahre. Die Landbeschaffung erfolge aus den entschuldungsunfähigen Gütern im Osten.

Am Schluß der Sitzung wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Volksbundes und zwei deutschen nationalen Stimmen gegen eine deutsch-nationale Stimme sowie gegen die Stimmen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ein Antrag angenommen, in dem es heißt:

Die Renten der mit Reichsmitteln angelegten Siedler werden mit Wirkung vom 1. Juli 1932 von 5 v. H. auf 3 v. H. herabgesetzt. Die Herabsetzung wird vorläufig auf zwei Jahre befristet. Für die mit Reichsmitteln angelegten Siedler ist eine gleiche Regelung anzustreben. In allen Härtefällen sind die zuständigen Stellen zu ermächtigen, weitere Hilfsmassnahmen durchzuführen. Sämtliche nach der Inflation entstandenen Siedlungen sind sofort auf die Höhe der Renten und ihre Tragfähigkeit nachzuprüfen.

Die übrigen Anträge wurden zurückgestellt. Annahme fand noch eine Entschließung, die von den drei deutschen nationalen Ausschussmitgliedern eingebracht wurde und in der festgelegt wurde, daß der Reichstag die Lösung der Siedlungsfrage für eine der größten und vordringlichsten Aufgaben hält, die in volkswirtschaftlicher und staatspolitischer Hinsicht gelöst werden müssen. Voraussetzung dafür sei aber die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft in all ihren Zweigen. Die Reichsregierung wird daher ersucht, alsbald geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für die zweite Hälfte des Januar in Aussicht genommen worden.

Zinsvereinfachungen für landwirtschaftl. Realcredit.

Die Reichsregierung veröffentlicht eine zweite Durchführungsbestimmung über die Zinsvereinfachung für den landwirtschaftlichen Realcredit.

Soweit nach der Notverordnung die Rückzahlung einer Forderung, Hypothek oder Grundschuld nicht vor dem 1. April 1933 verlangt werden kann, stehen dem Gläubiger, wenn eine Verzinsung nicht vereinbart war, Zinsen in Höhe von 4 v. H. jährlich zu.

Wird eine schwebende Zwangsvollstreckung auf Grund der Notverordnung oder den zu ihrer Durchführung und Ergänzung erlassenen Vorschriften unzulässig, so berührt dies nicht die Verpflichtung des Schuldners, die bis dahin entstandenen Kosten der Zwangsvollstreckung zu tragen.

Die Notverordnung berührt nicht die Verpflichtung

- a) Zinszuschläge zu zahlen, die vereinbarungsgemäß zur allmählichen Tilgung der Kapitalschuld zu entrichten sind (Tilgungsbeträge);
- b) Abzahlungskbeträge zu leisten, soweit sie für ein Jahr 3 v. H. der ursprünglichen Kapitalschuld nicht übersteigen, es sei denn, daß jährlich vereinbarungsgemäß höhere Abzahlungskbeträge als 5 v. H. der ursprünglichen Kapitalschuld zu leisten sind;
- c) Schuldverschreibungen auf den Inhaber zu tilgen, wenn die verbrieftene Gesamtschuld nach einem Tilgungsplan in regelmäßigen Teilbeträgen zu tilgen ist.

Neue Bestimmungen über Steuergutscheine.

Der Reichsarbeitsminister hat einen neuen Sammelerlaß über die Berechtigung und Anrechnung von Steuergutscheinen herausgegeben.

Ueber betriebsfremde Arbeiten wird ausgeführt, daß die vorübergehende Einstellung von Arbeitnehmern zu betriebsfremden Zwecken in der Regel nicht zur Begründung eines Anspruchs auf Steuergutscheine dienen soll. Dies wird namentlich dann der Fall sein, wenn ein Unternehmer betriebsfremde Arbeiten, die er bisher regelmäßig durch andere Unternehmer hat ausführen lassen, nur mit Rücksicht auf die Steuergutscheine in eigener Regie vornehmen läßt.

Ueber die Verchiebung von Arbeit wird gesagt:

Wenn Unternehmer die Hausgewerbetreibenden, die sie bisher beschäftigt haben, durch Betriebsarbeiter ersetzen, sollen die Finanzämter ihre Anträge auf Steuergutscheine mit besonderer Sorgfalt darauf prüfen, ob nicht nur eine Verchiebung von Arbeit vorliegt. Gegebenenfalls sollen sie die Aufgabe von Steuergutscheinen verweigern.

Das gleiche trifft auch für Lohnbetriebe zu, die nicht unter den Begriff des Hausgewerbes fallen und deshalb Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung erhalten können. Auch hier würde eine Mehrbeschäftigung im Betrieb des Auftraggebers, die nur eine Verchiebung von Arbeit aus bisher beschäftigten Lohnbetrieben in den eigenen Betrieb bedeutet, dem Finanzamt Anlaß zur Anwendung des § 14 geben können.

Staatszuschüsse an die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 20. Dezember. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich fällt heute in einem zwischen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und dem Lande Sachsen schwebenden verfassungsrechtlichen Streit die Entscheidung. Danach ist das Land Sachsen verpflichtet, der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche vom 1. April 1932 ab als Entschädigung für fortgefallene Stollgebühren jährlich 310 000 RM. und für die Ablösung der Getreidezehnte, für Kostenzuschüsse für den Gottesdienst in der Hofkirche und für

die Augustinische Stiftung jährlich weitere 16 000 RM. zu zahlen.

Das Land Sachsen hat für die Befolgung von höchstens 1500 Geistlichen jährliche Zuschüsse in Höhe von 60 Prozent der Alterszulagen zu leisten. Ferner sind als Ablösung der bisherigen Leistungen der Amtshauptleute als Kommissare für 27 Beamte jährlich die entsprechenden Sätze der Staatsbefolungsordnung zu gewähren.

Der Reichspräsident empfing gestern den neuernannten Gesandten in München, Reich.

Sitzung des Schlesischen Sejms.

Kattowitz, 20. Dezember. Die erste Sitzung der diesjährigen Session des Schlesischen Sejms fand gestern statt. Der Wojewode unterstrich die Tragweite des vorliegenden Regierungsprojekts, das eine Änderung des sogenannten organischen Statuts der Wojewodschaft vorsieht. Dieses Statut behandelt die auf der Genfer Konvention sich gründende autonome Verfassung Schlesiens. Zur Vollziehung lagen mehrere Dringlichkeitsanträge vor, darunter einer, der eine höhere Besteuerung von Betrieben, in denen Ausländer beschäftigt werden, vorschlägt. Ein Dringlichkeitsantrag des Deutschen Klubs bemängelte die Vernachlässigung des Unterrichts in den Volksschulen, deren untere Klassen geradezu den Charakter von Spielschulen hätten. Der Sejm beschloß, diesen Antrag als dringlich zu behandeln. Von Regierungsseite wurde schließlich noch darauf hingewiesen, daß die Garantie für die amerikanische Schlesiens-Anleihe nicht mehr in voller Höhe vorhanden sei.

Das Regierungsprojekt über die Neuordnung der Verfassung der Wojewodschaft Schlesiens wurde in der gestrigen Sitzung noch nicht behandelt.

Neunzehner-Ausschuß bis Mitte Januar vertagt.

Genf, 20. Dezember. Der Neunzehner-Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung hat heute vorzeitig beschloffen, die Beratungen über den chinesisch-japanischen Konflikt bis etwa Mitte des nächsten Monats, spätestens 16. Januar, zu vertagen. Die Dokumente über die Verhandlungen sollen vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Die Versuche, den Konflikt mit Hilfe eines Völkerbundsverfahrens zu beenden, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Schwierigkeiten bestehen auch hinsichtlich des Völkerbundsgerichts, dessen rechtliche Anwendung besonders kleinere Mächte verlangen. Die Verhandlungen sind vorläufig festgesetzt, und der Eindruck verstärkt sich, daß der Völkerbund vor einer für ihn nahezu unlöslichen Aufgabe steht.

Danziger Berufung gegen die letzten Entscheidungen des Völkerbundskommissars.

Danzig, 20. Dezember. Gegen die letzten Entscheidungen des Völkerbundskommissars über den Antrag der polnischen Regierung wegen angeblicher Verfehlungen der Danziger Selbstverwaltung und über den polnischen Antrag auf Beseitigung der Danziger Kontingentsrechte hat die Danziger Regierung in einigen Teilen beim Völkerbundsrat Berufung eingelegt. In der Hauptsache handelt es sich hierbei darum, daß die zum Schutz gegen polnische Sperrmaßnahmen in den Entscheidungen vorgesehenen Garantien nicht in allen Teilen ausreichend erscheinen. Der Senat hat daher Berufung eingelegt, um auf jeden Fall die Behandlung und die endgültige Entscheidung auf der nächsten Ratstagung herbeizuführen.

Finanzhilfe für Oesterreich im Unterhaus angenommen.

London, 20. Dezember. Die von Chamberlain in der heutigen Sitzung des Unterhauses eingebrachte und begründete Vorlage über die Beteiligung Großbritanniens an der am 15. Juli d. J. in Genf beschlossenen Finanzhilfe für Oesterreich ist ohne besondere Abstimmung angenommen worden.

Morgen Wintersanfang.

(22. Dezember.)

Frost, Eis, Schnee, diese Begleiter des Winters, haben zum Teil ihr Regiment im Lande angetreten; noch nicht aber erlaubt es der Kalender, die dunklen kalten Monate November und Dezember als Winter zu bezeichnen. Erst der 22. Dezember ist der Tag, an dem offiziell der geistreiche Herr Winter sein Regiment antritt.

Am 22. Dezember, vormittags 10 Uhr, tritt die Sonne in das Zeichen des Steinbocks, sie erreicht auf ihrer scheinbaren Bahn um die Erde den größten Abstand vom Äquator und bringt den kürzesten Tag und die längste Nacht hervor, um sich dann wieder dem Äquator zu nähern und ihren Tagesbogen zu vergrößern. Die Tatsache, daß es von diesem Tage an mit dem Tageslicht wieder aufwärts geht, gab unseren Vorfahren in altergermanischer Zeit Anlaß, das Fest der Winter Sonnenwende um diese Zeit zu feiern. Zwar wächst der Tag zunächst noch ganz gering. An dem Auf- und Untergang der Sonne gemessen, verlängert er sich bis zum 31. Dezember gegenüber der kürzesten Dauer am 22. Dezember um fünf Minuten. Aber es geht aufwärts...

„Wenn die Tage langen, kommt der Winter gegangen!“ sagt eine alte Wetterregel. Meist bringen auch Januar und Februar die strengste Herrschaft des Winters. Hoffen wir, daß diesmal der Winter uns nicht eine allzu große Kälte belächelt; denn die anderen Nöte dieses Winters sind hart genug, ohne daß eine sibirische Kälte noch ein übriges dazu zu tun braucht.

Tages-Nachrichten aus aller Welt.

Eröffnung des Antwerpener Schelde-Tunnels.

Antwerpen, 20. Dezember. Der Tunnel für Fahrzeuge, der die beiden Scheldedeuser von Antwerpen verbindet, wurde heute vom König eröffnet. Die Unterführung ist 2100 Meter lang.

Neubau des Münchener Glaspalastes.

München, 20. Dezember. In dem Wettbewerb für einen Entwurf zu einem neuen Kunstausstellungsgebäude in München, der nur für bayerische Architekten offen war, erhielten der Regierungsbaumeister Clemens Böhm und der Architekt Eduard Feldpausch, beide aus Augsburg, für ihren gemeinsam entworfenen Plan den ersten Preis.

11 Jahre Zuchthaus wegen Tötung des Vaters.

Paffau, 20. Dezember. Das Schwurgericht verurteilte den Landwirtssohn Franz Sanladerer zu 11 Jahren Zuchthaus, seine Schwester Marie zu 2 Jahren sechs Monaten Gefängnis und deren früheren Geliebten Fodlbauer zu einem Jahr Gefängnis. Die Mutter der verurteilten Geschwister wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die Angeklagten hatten im August d. J. wieder eine Auseinandersetzung mit dem alten Sanladerer, nachdem es schon vorher öfter zu Streitigkeiten wegen der Zahlungsverpflichtungen gekommen war, die Sanladerer für seine Verwandten übernommen hatte. Dabei wurde der Landwirt von seinen Angehörigen blutig geschlagen; als er sich zur Wehr setzte, stieß ihn der Sohn durch zwei Schüsse nieder.

Von Räuber völlig ausgeplündert.

Berlin, 21. Dezember. Ein hier ansässiger amerikanischer Journalist wurde in der vergangenen Nacht von einem unerkannt entkommenen Räuber in einem Hausflur der Kurfürstendammstraße völlig ausgeplündert.

Zugunglück bei Elberfeld — drei Personen verletzt.

Elberfeld, 20. Dezember. Von einem Personenzug, der von Köln nach Oberbayern fährt, entgleisten Dienstag kurz nach 18 Uhr vor dem Elberfelder Hauptbahnhof drei Personenzüge. Drei Personen wurden verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Motorewer gesunken — Besatzung vermisst.

Hamburg, 20. Dezember. Auf der Unterelbe kollidierte heute früh in der Höhe von Krautland der finnische Dampfer „Anderjose“ mit einem bisher noch unbekannten Motorewer, der kurz nach dem Zusammenstoß gesunken ist. Das Schicksal der Besatzung ist noch unbekannt. Der finnische Dampfer, der nur geringe Beschädigungen erlitten hat, stellte längere Zeit Nachforschungen an, setzte aber schließlich die Fahrt nach Hamburg fort.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Es wird damit gerechnet, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen noch vor Weihnachten zum Abschluß gebracht werden. Sollte das jedoch wider Erwarten nicht der Fall sein, so wird mit einer kurzen Unterbrechung der Verhandlungen während der Weihnachtsfeiertage gerechnet.

Budai über die Schweizer Grenze abgeschoben.

Genf, 20. Dezember. Der ungarische Staatsangehörige Karl Budai, der am 1. Oktober einen Revolveranschlag gegen das Sekretariatsgebäude des Völkerbundes abgegeben hatte und gegen den Ausweisungsbefehl erlassen wurde, ist an die österreichische Grenze geleitet und der österreichischen Polizei übergeben worden.

Auflösung

einer kommunistischen Funktionärversammlung.

Gotha, 20. Dezember. Eine von der KPD in Thüringen einberufene Delegiertenkonferenz von Erwerbslosen und Arbeitern wurde durch die Polizei aufgelöst, weil Erwerbslosendemonstrationen vor Weihnachten den Gegenstand der Besprechungen bilden sollten. Der kommunistische Abgeordnete des Thüringer Landtages, Bösel (Gotha) wurde festgenommen.

Im Kontur der Buchholz AG., Grünberg Schl., ist anstelle des bisherigen Verwalters der Wirtschaftsprüfer Albert Kühler in Grünberg Schl. ernannt worden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen, zur Beilegung der über die angeregte Erweiterung des Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über einen in Aussicht gestellten Zwangsvergleichsvorschlag ist auf den 28. Januar 1933, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht im Zimmer 31 bestimmt. Die Schlussrechnung des bisherigen Verwalters liegt während der Dienststunden in unserer Geschäftsstelle (Zimmer 33) zur Einsicht aus.

Amtsgericht Grünberg Schl., 17. 12. 32.

Buchen-Holz Kohle billigt bei A. Klopsch, Nachf. Fernruf 146.

Einrahmung von Bildern
modern, geschmackvoll, billigst, ca. 400 verschiedene Arten Bilderleisten **am Lager.**
Max Franke, Glaserstr.
nur Postplatz, Ecke Seilerbahn.

Auf meinem Ziegelei-Grundstück Altfesseler Straße 30 werden im Frühjahr **Eigenheime** erbaut. Mauersteine u. Bauholz an Ort u. Stelle vorhanden. Größe der Baustellen u. Gartenland nach Wunsch. Kapitalisierung durch mich sichergestellt. Interessenten erfahren Näheres beim Besitzer **Ernst Staonke, Bessener Str.**

Zeitungsmautlatur ist zu haben in der Geschäftsstelle d. Blattes

Mittagstisch
kräftig und reichlich, wochentags 65 Pfg. Sonntags 80 Pfg.
J. Burkert, Fleischer und Gaststätte
Bismarckstraße 3a.
Reichhaltige billige Abendkarte.

Eilt! Eilt! Eilt!
Jeder Geflügelhalter
ob Hühner-, Tauben- oder Singvögelzüchter, kann seinen Vögeln nur Wärme durch Fütterung von:
Bundes-Hühnerfutter, Bundes-Taubenfutter, Bundes-Regemehl, Verbilligtes Futter erzeugen.
Max Kümmel,
Verteilungsstelle
Telefon 199. Krautstraße 30.

Edelweiß, die Königin der Alpen!
Edelweiß ein beliebtes und gutes Fahrrad. Ein Fahrrad wie Sie es brauchen, welches Sie auf den schlechtesten Wegen und bei jeder Witterung fahren können, viele Jahre aushält, spielend leicht läuft und nicht teuer ist. Edelweißrad ist kein Neuling, sondern über 35 Jahre weltbekannt. Katalog 130 kostenlos.
Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 35
Jetzt billigste Preise.

Radio, Musikinstrumente
kauft man am günstigsten nur bei **F. Siefke, Am Oberluzern 9.**
Große Auswahl in Grammophonplatten, Sprechapparaten, Spotthörhör, Reparaturen. NB. Batterie-Geräte 25, 35 RM. (komplett).

Postgebühren-Tarif
zu haben in der Geschäftsstelle des Grünberger Wochenblattes. Rülpennau Nr. 14.

Schraut-Grammophon,
gebraucht, mit 20 Platten billig zu verkaufen
Am Dreif. Kirchhof 11

Zwei Schweine
zum Weiterfüttern zu verkaufen



Praktische Weihnachtsgeschenke sind **Beleuchtungs-Körper**

Heiz- und Koch-Apparate, Bügeleisen, Gaskocher,
Heiz-Sonnen und Wärme-Öfen
Föhn-Apparate, Heizkissen, Rauchverzehrer

Georg Fuchs

Führendes Haus am Platze

Gegründet 1910 Niedertorplatz Fernruf Nr. 413

Brunzelwaldau
2. Feiertag ladet zur
Sanz-
muffit
freundlichst ein
Lamprecht.

Gänse-
Lebertwurf
extra gute Blutwurst
H. Fleischsalat
H. Fleischfüße
Schinkenbäckerei
feinste Bratwurst
Wilh. Stein Nachfgr.

Fette
Gänse
(auch geteilt) empfiehlt
E. Huster,
Edener Straße 25.

Am Sonnabend, dem 24. Dez. 1932,
(Heiligabend)
sind unsere Kassen
nur bis 12 Uhr geöffnet!

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.
Zweigstelle Grünberg (Schles.)

Dresdner Bank
Filiale Grünberg (Schles.)

Reichsbanknebenstelle
Grünberg (Schles.)

Stadtparkasse
Grünberg (Schles.)

Vereinsbank zu Grünberg Schles. o. G. m. b. H.
Grünberg (Schles.)

Feiertagskonzerte
des Stadtorchesters.
Leitung: Kapellmeister Gerh. Fiedler.
1. Weihnachtsfeier nachm. 4 Uhr:
Plastenhöhe,
abends 8 Uhr: **Viktoriagarten.**
2. Weihnachtsfeier tag 5 1/2 Uhr in
Heinrichau bei Reimann.

Gasthof Brauner Hirsch.
Bis Freitag, d. 28. Dezember, abds. 11 Uhr:
Preisschießen.
Um 12 Uhr: **Preisverteilung.**
Um rege Beteiligung bittet
Hermann Regel.

Brunzelwaldau.
Roses Lokaltäten
bringen sich in glückliche Erinnerung.
2. Feiertag:
Groß. Sanzkränzchen
Es ladet freundlichst ein
Familie Rose.

Achtung! Achtung!
Bis zum 1. Januar 1933
gelten noch meine überaus billigen Wein-
und Spirituosenpreise der letzten Preis-
liste trotz der ständigen Preissteigerungen
in den Produktionsgebieten.

Selten günstige Gelegenheit
für den Weihnachtseinkauf!
Bedeutendstes Flaschenlager in Weinen
und Spirituosen. Verkauf aller Sorten,
auch ausgeliefert. Lieferung frei Haus;
leere Flaschen werden zurückgenommen.

Paul Götze.
Telefon 88. Telefon 88.
Empfehle
meine Lokaltäten gütiger Beachtung.
1. und 2. Feiertag: **Frühshoppen.**

Donnerstag von 9 Uhr an:
ff. Weihnachts-
Blut- und Grützwurst
Richard Tietze
Breslauer Straße 14. Telefon 482.

Beachten Sie den Weihnachtswunsch der Hausfrau!
In unserem Preisanschreiben „Sie sollen Nichter sein“ haben
wir vor einem Jahr 2429 Hausfrauen nach ihrem Weihnachtswunsch
gefragt. 1987, das sind
85% entschieden sich für einen elektrischen Staubsauger.

Hausfrauen wissen, daß der Staubsauger
die tägliche Reinigungsarbeit erleichtert,
den Staub gründlich beseitigt,
gute staubfreie Atemluft schafft,
Teppiche, Polster und Anstrich schont,
in jeden Winkel reicht,
fast geräuschlos arbeitet,
billig im Betrieb ist.
Der Staubsauger ist das Weihnachtsgeschenk, über das sich der Beschenkte
bei jedem Gebrauch aufs neue freut und sich dankbar des Gebers erinnert.
Elektrische Staubsauger bester Qualität von RM. 79.— an.
Elektrowirtschaft G. m. b. H., Niederstraße 12.

Unser
Weihnachtsgeschenk:
Am 22. 23. und 24. Dezember
Doppelte Marken
12%
also:
auf Gero-Kaffee
Beachten Sie die große Auswahl
in Weihnachts-Artikeln.
GERLING & ROCKSTROH
Grünberg, Niedertorstraße 13.

Viel Vergnügen
bereiten ihnen beim Tragen unsere **Strümpfe.**
Vergessen Sie darum nicht
zum
Weihnachtsfest
Ihren Bedarf bei uns einzudecken.
Chemnitzer
Strumpf-Spezial-Geschäft
Niederstraße 31.

Wer hat noch diese
Buche
Ladung für Last-
autonachgeben-
Forst und Jura?
Ernst Schulz,
Breslauer Str. 3b.
Christliches, solides
Mädchen,
20 Jahre alt, sucht
zum sofortigen An-
tritt Stellung.
Schriftl. Angebote
an **Ahr, Reumühle,**
Kr. Grünberg, Frey-
stadt-Land.

Achtung!
Ich warne hiermit
jedermann, meiner
Frau etwas zu bor-
gen, da ich für Schul-
den nicht aufkomme.
Otto Schulz, Steingasse 13

Stuhl-Schlitten,
Kinder-Klappstuhl,
Kinder-Badewanne
billig zu verkaufen
Edener Str. 20, ptr.
Foto-Apparat
(Kollifilm Dptit 1:4.5,
fast neu, unterhalt.
Dauerhaftig
zu verkaufen.
Aderstraße 2.

Wenn Liebe könnte Wunder tun,
und Tränen Tote wecken,
so würde dich, geliebter Sohn,
nicht kühle Erde decken.
Am 20. d. Mts., abends 11 1/2 Uhr, verschied nach
langer schwerer Krankheit, mit großer Geduld er-
tragenem Leiden, mein einziger, innigstgeliebter Sohn,
unser lieber Neffe und Vetter, mein innigstgeliebter
Bräutigam, der
Pol.-Wachtmeister a. D.
Otto Schütze
im blühenden Alter von 29 Jahren. Er folgte seinem
vor 3/4 Jahren verstorbenen lieben Vater in die
Ewigkeit.
Grünberg i. Schles., den 21. Dezember 1932.
Blücherstraße 26, I.
Die untröstliche Mutter
Pauline Schütze
nebst Anverwandten,
Lena Weichert
als Braut, z. Zt. Berlin.
Beerdigung Freitag nachmittag 1 1/4 Uhr. Trauer-
feier in der Großen Halle des Grünen Kreuzkirchhofes.

Nach langem, schwerem Leiden
entschied heute nachmittag 7 Uhr
unsere liebe Mutter, Schwiegermutter,
unsere Oma, Cousine und Tante,
die verw. Frau
Anna Fluche
geb. Büttner
im Alter von 76 Jahren.
Dies zeigen schmerz erfüllt an:
Grünberg, Schles., den 20. 12. 1932.
Klara Schreiber geb. Fluche,
Gustav Schreiber
und Anverwandte.
Beerdigung Freitag, den 23. 12.
nachmittag 2 1/4 Uhr von der Fried-
hofskapelle aus auf dem Grünen
Kreuzkirchhof.

Am Dienstag abend
entriß der Tod unser lang-
jähriges Mitglied
Hermann Hering.
Den Sportgenossen der Orts-
gruppe Grünberg bleibt unvergesslich.
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund
Ortsgruppe Grünberg. Antreten
der Mitgl. Freitag 1 1/2 Uhr Naumbgstr. 13.

Winzer-Verein.
Altkesseler Strasse 7, früher Kalkfeisenlager.
Für den Weihnachtstisch
empfehlen wir unsere selbst-
gekelterten und bestgepflegten
Grünberger Weine
in vorzüglicher Qualität, flaschen- und
literweise zu zeitgemäß billigen Preisen.
Lieferung frei Haus. Telefon 617.
Verkaufsstellen in den an Plakaten
kenntlichen Geschäften.

Zum Fest empfiehlt
alle Sorten Braten
besten Qualität,
ff. Wurst und Aufschnitt,
diverse Salate, Süßkoteletts,
täglich frische
weiße und Thüringer Bratwurst,
extra gute Blut- und Lebertwurst,
Präsentschinken in jeder Preislage.
Jos. Baumann
Niederstraße 40.

Frühlingsboten
unter dem Weihnachtsbaum!
Reiche Auswahl in blü-
henden Topfpflanzen und
Schnittblumen
empfiehlt
G. Pohle
Blumenhaus
Gr. Bergstr. 14 Gr. Kirchstr. 7/8
Fernruf 230.
Blumenspenden-Vermittlung.
Gut möbliert. Zimmer
mit 2 Betten sofort preiswert zu verm.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. B.L.

Billige
Bettlaten
Handtücher
Wischtücher
Fischbeden
Gummi-
schürzen
Selbstbinder
mit 10% Rabatt
bei
Gabler
Glaßstr. 5
Beachten Sie
meine
4 Fenster

Weißer Streifen
mit gelb. Stiderei
Niedertorstraße
bis A. D. Schulz
verloren gegangen.
Abzugeben Handar-
beitsgeschäft **Reiche.**

4" Wagen
und starkes, junges
fleischiges
Pferd
(Weißer) für 180 RM.
abgg., evtl. Umtausch.
Ab. Siegersdorf. Zon-
wert bei Freytag.

Erdbeer-
Wein
à Liter 70 Pfennig.
Verkauf täglich von
Nachmittag 4 Uhr an
Hospitalstraße 6.

Weinausschank
Wilhelm König,
Berliner Str. 43.
Eckarth, Krautstr. 43.
Fr. Höpner, Schertendorferstr. 55

Kirchl. Nachrichten.
Evangelische Kirche
Die Bibelstunde
am Donnerstag fällt
aus.

Verantwortlich für Post-
amt Tages-Nachrichten aus
aller Welt, Lokales und
Zeitung Richard Kern
für Provinz, Volks- und
Landwirtschaft und Sport
Wittor Strebel. Für die
Anzeige verantwortlich
August Schüb. Sämtlich
in Grünberg.
Druck und Verlag von
W. Leysen, Grünberg.
Hierzu zwei Beilagen